

Regionalbewusstsein und Regionalentwicklung

Handlungsperspektiven für
Regionen in Sachsen-Anhalt
und Niedersachsen



Regionalbewußtsein und Regionalentwicklung

Handlungsperspektiven für Regionen in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen



ISBN 3-89892-476-9

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung

(c) 2005 Friedrich Ebert Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Jessica Huter

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Herstellung: Katja Ulanowski, Friedrich-Ebert-Stiftung
Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Printed in Germany 2006

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
 I. Vorträge im Plenum	
Lothar Eichhorn	7
Zwischen Wachstum und Schrumpfung, Wandel und Beharrung – Aktuelle Entwicklungen norddeutscher Regionen	
Heiko Geiling	23
Politische Dimensionen aktueller Entwicklungsmodelle – Eine Randnotiz	
Hansjörg Küster	32
Kulturlandschaften – Von der Vergangenheit in die Zukunft	
 II. Vorträge in den Arbeitsgruppen	
Ulf-Birger Franz	50
Regionalentwicklung in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt – Wie läßt sich der regionale Strukturwandel politisch gestalten?	
Jessica Huter	57
Schattenseiten erfolgreicher Regionen – Das Beispiel Oldenburger Münsterland	
Matthias Pfüller	70
Entwicklungspfade zentraler und peripherer Regionen	
Tagungszusammenfassung.....	73

Vorwort

Bisher herkömmliche und gewohnte Strukturen in der Kommunalpolitik wandeln sich. Erhöhte Anforderungen an Kommunen, an Landkreise, an Städte, aber auch an Dörfer durch globale Veränderungen und Wettbewerbe nach Standorten, Ansiedlungen und Infrastrukturen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien, zwingen die Verantwortlichen zu Kreativität und Anpassungsvermögen. Es muss sich heute ganz viel ändern, damit alles beim alten bleibt.

Interkommunale Zusammenarbeit wird dabei immer wichtiger. In Zeiten knapper kommunaler Haushalte muss die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene verstärkt werden, um zu Kooperationsformen zu kommen, die für alle Beteiligten zu Synergieeffekten führen. Größere Regionalverbände wie sie bereits um Hannover und Stuttgart entstanden sind, dürfen nicht mehr ausgeschlossen werden. Diese Regionen stehen im Wettbewerb mit anderen bedeutenden Regionen im Rahmen der Europäischen Union, aber auch darüber hinaus in globaler Konkurrenz mit anderen.

Unter diesen Aspekten ist es nicht mehr so ganz ungewöhnlich, dass sich das Landesamt für Statistik in Niedersachsen, die Universität Hannover und die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen gefunden haben, um gemeinsam interessierende Fragestellungen zur Regionalentwicklung mit den Schwerpunkten in den Bundesländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt zu behandeln.

Die Broschüre, die aus der Konferenz heraus entstand, soll Praktikern wie Theoretikern Anregungen für ihre Arbeit geben. Insbesondere soll sie Anregung sein für die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, um ihre lokale Arbeit zu unterstützen.

Der Bericht fasst nicht Endergebnisse zusammen. Er stellt ein „Zwischenprodukt“ dar, weil die Kooperation mit den genannten Partnern auch im nächsten Jahr fortgesetzt wird. Die Kooperation zwischen historischer Forschung, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Forschungsbereichen, amtlicher Statistik und kommunaler politischer Praxis ist dabei von besonderem Reiz.

Siegbert Heid

Leiter der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik
der Friedrich-Ebert-Stiftung

1. Vorträge im Plenum

Zwischen Wachstum und Schrumpfung, Wandel und Beharrung – aktuelle Entwicklungen norddeutscher Regionen

Wo liegen die derzeitige Wachstumsregionen Deutschlands? Die folgende Tabelle nennt auf Basis der aktuellsten vorliegenden Regionalergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen diejenigen 12 Landkreise (LK) und kreisfreien Städte Deutschlands, die im mittelfristigen Wirtschaftswachstum von 1998 bis 2003 die höchsten Veränderungsraten aufzuweisen haben; die Wachstumsraten zeigen nominale Veränderungen, also ohne Inflationsbereinigung.

Veränderungsrate des BIP (nominal) 1998 bis 2003

Rang	Name	Land, Region	Wachstum (%)
1	LK Teltow-Fläming	Brandenburg	+ 49,3
2	LK München	Bayern	+ 36,3
3	LK Sömmerda	Thüringen	+ 35,5
4	Ohrekreis	Sachsen-Anhalt	+ 35,2
5	Stadt Wismar	Mecklenburg-Vorpommern	+ 34,7
6	LK Pfaffenhofen	Bayern	+ 32,7
7	LK Vechta	Niedersachsen	+ 30,2
8	LK Dachau	Bayern	+ 29,8
9	LK Würzburg	Bayern	+ 28,6
10	LK Landshut	Bayern	+ 28,4
11	LK Bad Tölz-Wolfratshausen	Bayern	+ 28,2
12	LK Cloppenburg	Niedersachsen	+ 28,2

Es ist sicher nicht sehr überraschend, dass unter diesen 12 Kreisen allein sechs aus Bayern stammen. Schon eher überraschend ist die relativ gute Platzierung von vier ostdeutschen Kreisen – das hat auch mit Aufholprozessen und mit Basiseffekten – eine niedrigen Ausgangsbasis ermöglicht hohe Zuwachsraten – sowie im Fall von Teltow-Fläming mit Suburbanisationstendenzen im Berliner Umland zu tun. Überraschend für viele dürfte aber auch sein, dass mit den Landkreisen Vechta und Cloppenburg zwei niedersächsische Regionen und den

„TOP 12“ zu finden sind – und diese beiden Kreise sind auch noch benachbart, sind historisch eng miteinander verbunden und bilden gemeinsam das sogenannte „Oldenburger Münsterland“.

Für Fachleute überraschend dürfte auch sein, wer unter den „TOP 12“ *nicht* zu finden ist: nämlich nicht eine der großen Metropolen. Unter den führenden 12 ist überhaupt nur eine einzige Stadt zu finden – die Hafenstadt Wismar an der Ostsee –, ansonsten nur Landkreise – freilich auch einige im Umkreis der Metropolen Berlin und München.

Wie kommen solche Entwicklungen zustande? Im Folgenden soll – versucht werden, darauf Antworten zu geben bzw. Erklärungsansätze zu versuchen. Dabei wird von europäischen und nationalen Strukturen ausgegangen, um dann zu den Besonderheiten der niedersächsischen Entwicklung zu gelangen. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche, sondern genauso auch um demographische Trends – und es geht nicht nur um „harte Fakten“, sondern auch um „weiche“ Themen, wie sie mit den Stichworten regionale Mentalitäten und Identitäten, Netzwerkstrukturen und Sozialkapital beschrieben sind.

Norddeutschland im Rahmen europäischer und deutscher Regionalstrukturen – ein halbperipherer Raum

Ganz Norddeutschland gehört im Rahmen des europäischen Systems zur Halbperipherie. Wie z.B. die aktuellsten Daten von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, zeigen, liegt das wirtschaftliche Zentrum Europas in einem Raum, der sich vom Süden Englands und dem Raum Paris über die Benelux-Länder und die Rheinschiene bis nach Norditalien zieht – ein Gebiet von London bis Mailand.¹ Aus Deutschland gehören zu den Regionen mit einer sehr hohen Wirtschaftskraft die NUTS II-Regionen Oberbayern (München), Darmstadt (Frankfurt), Stuttgart, Karlsruhe, Mittelfranken (Nürnberg) und Düsseldorf – alles Regionen im Süden und Westen des Landes. Etwas vereinfachend kann man die „Rheinschiene“ als wirtschaftlichen Kraftquell Europas ansehen.

Innerhalb Norddeutschlands gab und gibt es seit dem 19. Jahrhundert nur zwei Zentren von europäischer Bedeutung, Berlin und Hamburg. Mit nur nationaler Bedeutung folgen danach als interne Zentren Bremen, Hannover und mit Abstrichen Braunschweig. Die Entscheidungszentren von Politik und Wirtschaft befinden sich – mit der politischen Ausnahme Berlin – überwiegend im Westen und Süden Deutschlands. Für Niedersachsen wie für andere halbperiphere Re-

¹ Eine aktuelle Karte zur Wirtschaftskraft der europäischen Regionen auf der Regionalebene der NUTS II-Regionen verdeutlicht dies; vgl. Lothar Eichhorn, Struktur und Konjunktur im europäischen Regionalgefüge, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 7/2005, S. 370ff.

gionen ist daher schon traditionell eine stark außengelenkte Entwicklung typisch. Die wichtigsten Entscheidungen fallen nicht hier, die wesentlichen innovatorischen Impulse kommen meist von außen, und neue dynamische Entwicklungen vollziehen sich in Niedersachsen meist etwas später als anderswo – wenngleich die Zentren der Entscheidung nicht weit entfernt liegen. Als Beispiele für die starken „von oben“ und „von außen“ kommenden Impulse denke man an drei bekannte Tatsachen: Über 124 Jahre, von 1714 bis 1837, wurde im Zuge der Personalunion mit England das Land Hannover von London aus regiert. Zweitens gewann der Aufstieg Hannovers zur Industriestadt erst nach der Machtübernahme durch Preußen 1866 und der damit verbundenen politischen Degradierung von der Hauptstadt eines Königreiches zur preußischen Provinzhauptstadt richtig an Fahrt. Und drittens denke man an die zentralstaatlich geplanten Städtegründungen des 19. (Wilhelmshaven) und 20. Jahrhunderts (Wolfsburg, Salzgitter).

Auf nationaler Ebene wird dies verdeutlicht durch die folgende Karte der Sitze der größten Unternehmen Deutschlands.² Je dicker der Punkt, desto größer die Zahl der Großunternehmen. Deutlich erkennbar ist die Konzentration der Unternehmenssitze und damit der wirtschaftlichen Entscheidungszentralen im westdeutschen und südwestdeutschen Raum. Je weiter man nach Norden und Osten kommt, desto geringer wird mit wenigen Ausnahmen die Zahl und Dicke der Punkte.

Am Rand der Europäischen Union, vor allem im Osten gibt es dabei starke Aufholtendenzen. Diese werden im Zuge der Kohäsionsbemühungen von der Europäischen Union gefördert, zum Teil nehmen auch traditionell wirtschaftsstarke Regionen, wie etwa die Räume und Prag, Bratislava und Budapest, wieder den ihnen angestammten Platz ein, nachdem die politische Spaltung Europas in Ost und West überwunden ist.³ Neben die schon erwähnte Rheinschiene tritt damit, zwar deutlich schwächer, aber doch klar erkennbar die „Elbeschiene“ mit Hamburg als nördlichstem Punkt. Die Hansestadt profitiert in ihrer Rolle als logistische Drehscheibe und „Gateway“ auch in den Ostseeraum und die Länder im östlichen Mitteleuropa stark von dieser Entwicklung.

² Die Karte ist entnommen aus: Jessica Huter und Rene Schäfer, Regionale Verteilung der größten Unternehmen Deutschlands, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 10/2004, S. 538ff.; vgl. auch die dortigen methodischen Anmerkungen sowie eine weitere Karte, die nur die Dax- und M-Dax-Unternehmen darstellt und die o.g. Strukturen noch krasser zum Ausdruck bringt.

³ Vgl. dazu Lothar Eichhorn, a.a.O., sowie zur theoretischen und historischen Herleitung Martin Kutz, Die Ökonomie Mitteleuropas in der Transformation. Zur Wiederherstellung traditioneller Wirtschaftsregionen und Wirtschaftsbeziehungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B15/2001.

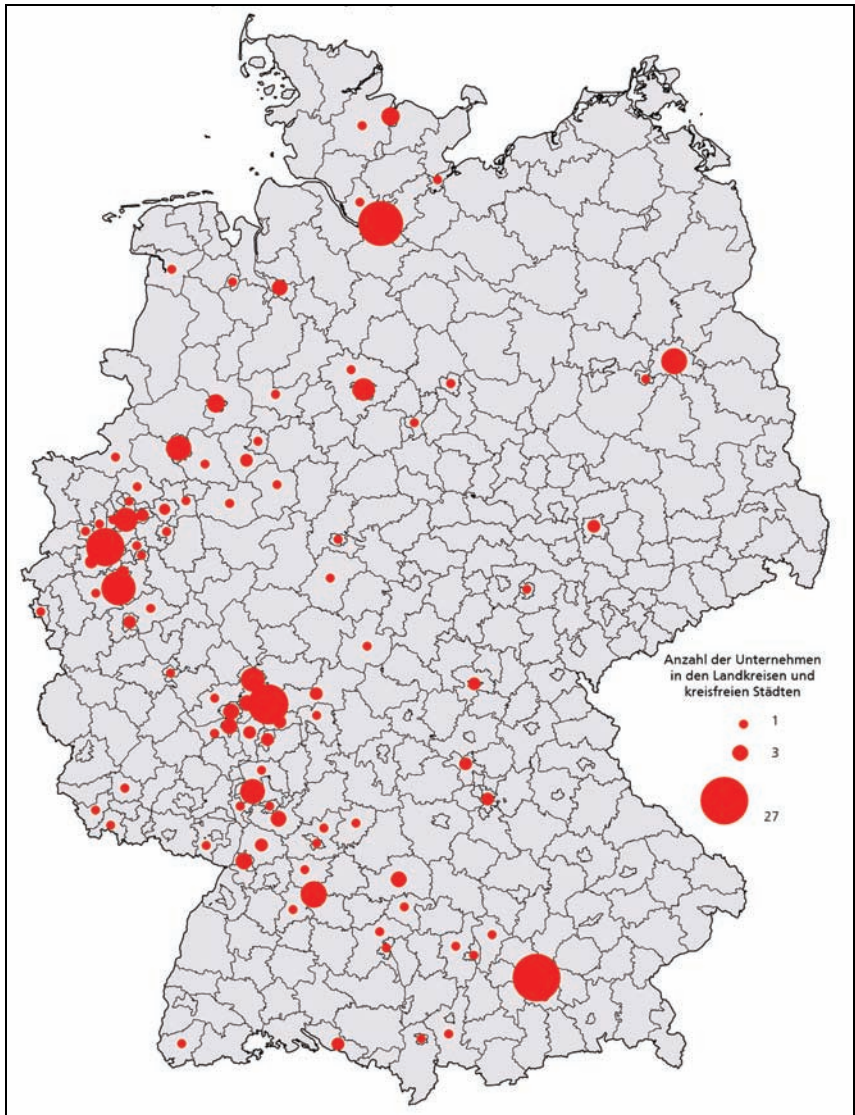


Abbildung 1: Regionale Verteilung der größten Unternehmen Deutschlands

Davon wiederum profitieren auch einige der an Hamburg angrenzenden niedersächsischen Landkreise, vor allem der LK Harburg. Andere niedersächsische Regionen, vor allem solche im Süden und Osten des Landes, geraten durch den verschärften Globalisierungsdruck einerseits, die innereuropäische Kohäsion

und Aufholprozesse im Osten der EU andererseits von zwei Seiten in die Zange. Ihre traditionelle industrielle Basis bröckelt, und das liegt – neben der Erschöpfung der heimischen Rohstoffbasis – an eben dieser doppelten Verschärfung des Standortwettbewerbs, die sich u.a. in Betriebsschließungen und Verlagerungen nach Ostdeutschland und Osteuropa äußert.

Regionale Grundstrukturen in Deutschland

Deutschlands Regionalstruktur insgesamt ist gekennzeichnet durch zwei Bruchlinien zwischen

- Ost und West
- Nord und Süd.

Das West-Ost-Gefälle zeigt sich natürlich am deutlichsten im Gefälle zwischen den „alten“ Bundesländern und den „neuen“ Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Sämtliche wirtschaftlichen Fundamentaldaten – man denke nur an das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosenquote – sind im „Westen“ günstiger als im „Osten“. Dieses West-Ost-Gefälle findet man aber auch innerhalb der Länder. Die Erscheinung, dass die westlichen Landesteile deutlich besser dastehen als die östlichen findet man z.B. in Mecklenburg-Vorpommern, in Niedersachsen, in Hessen und Bayern.

Das auf der Hand liegende West-Ost-Gefälle überdeckt manchmal den Blick auf das Süd-Nord-Gefälle innerhalb Deutschlands. In praktisch allen Ländervergleichen sieht man seit geraumer Zeit die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland.

Das kombinierte West-Ost- und Süd-Nord-Gefälle erzeugt so insgesamt eine regionale Schiefelage von Südwest nach Nordost. Man findet diese Schiefelage in den scheinbar entlegendsten Datenquellen, so z.B. in jüngerer Zeit neben der schon erwähnten Unternehmensverteilung auch in der Verteilung der „domains“ im Internet sowie in der Verteilung der mit „Sternen“ und Kochmützen prämierten Spitzenrestaurants.⁴ Diese regionale „Schiefe“ ist tief in den Strukturen verankert und geht historisch bis auf die Spätantike zurück – der Nordwesten, erst recht der Osten Deutschlands gelangte viel später in den Gravitationsbereich der Mittelmeerzivilisation als der Süden und Westen. Aktuell scheint sich diese Grundstruktur weiter zu verfestigen, so z.B. durch die Wan-

⁴ Vgl. Dominic Kudlacek und Lothar Eichhorn, Das Internet ist kein ortloser Raum, in: statistische Monatshefte Niedersachsen 10/2005, S. 568ff.; vgl. Jessica Huter und Lothar Eichhorn, Regionale Strukturen der Spitzengastronomie in Deutschland, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 9/2005, S. 505ff.

derungsbewegungen von Nordost nach Südwest und den damit verbundenen ständigen Zufluss von Humanpotenzial in die stärker entwickelten Gebiete Deutschlands.

Regionale Grundtrends in Niedersachsen

Innerhalb Niedersachsens sind, immer im Rahmen der oben beschriebenen Grundstrukturen, die folgenden Regionaltrends vorherrschend:

Die großen Städte verlieren weiterhin Einwohner, aber auch Betriebe und Arbeitsplätze an ihr Umland. Es entstehen damit funktional eng verflochtene Großstadtreionen. Die Bildung der „Region Hannover“ als Zusammenschluss der Landeshauptstadt mit ihren Umlandgemeinden ist einer der herausragenden Versuche, darauf politisch zu antworten.

Problematische und z.T. krisenhafte Entwicklungen häufen sich an Teilen der Küste, vor allem im Raum Wilhelmshaven, im altindustrialisierten Berg- und Hügelland südlich der von der Autobahn 2 und dem Mittellandkanal markierten Linie Osnabrück-Hannover-Braunschweig sowie im Osten des Landes; fast die gesamte ehemalige Zonengrenze entlang, vom Amt Neuhaus im Norden über Lüchow-Dannenberg über Helmstedt und Wolfenbüttel bis in den Harz und den Raum Göttingen hinein kommen wirtschaftliche und demographische Problemlagen (Überalterung, Abwanderung) zusammen. Nur der Raum Wolfsburg/Gifhorn mit dem VW-Werk als industriellem Kern macht eine Ausnahme.

Positiv auffällig ist aber, neben Wolfsburg/Gifhorn, der Westen des Landes, und hier vor allem der Raum zwischen Osnabrück und Oldenburg. Hierzu gehören vor allem die Landkreise Ammerland, Emsland, Oldenburg, Osnabrück und vor allem die beiden Kreise des „Oldenburger Münsterlandes“: Cloppenburg und Vechta. Niedersachsen kippt nach Westen – unterdurchschnittlichen Entwicklungen im Osten und nur durchschnittlichen Entwicklungen im Raum Hannover-Braunschweig stehen hier dynamische Entwicklungen gegenüber. Die folgende tabellarische Zusammenstellung einiger aktueller ökonomischer, demographischer und sozialer Eckdaten macht deutlich, wie groß das aktuelle Entwicklungstempo der niedersächsischen Boomregionen Vechta/Cloppenburg und Wolfsburg/Gifhorn im Vergleich zum Land Niedersachsen ist.

Ökonomische, soziale und demographische Eckdaten für die Landkreise Cloppenburg, Gifhorn und Vechta sowie die Stadt Wolfsburg

	Niedersachsen	Wolfsburg	Gifhorn	Cloppenburg
Bevölkerungszunahme 1999 bis 2004 (%)	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,8	+ 4,9
Geburtenüberschuss, 1. Quartal 2005	- 7073	- 164	- 84	+ 74
Geborene je 1000 Einwohner 2004	8,8	8,1	9,1	11,9
Wirtschaftswachstum (%) 1988 bis 2003	+ 7,5	+ 10,3	+ 15,1	+ 28,2
Beschäftigungswachstum 1999 bis 2004 (%)	- 1,8	+ 16,8	+ 1,3	+ 6,7
Arbeitslosenquote Juli 2005	12,6	12,0	11,2	10,0
Sozialhilfequote 2004	3,9	2,9	2,3	2,5

Auffällig ist vor allem die Koinzidenz von Wirtschaft und Demographie. So liegt z.B. im mittelfristigen Bevölkerungswachstum der LK Vechta auf Platz 1 unter allen Kreisen des Landes; Wolfsburg – das mit dem Problem der Abwanderung in den LK Gifhorn konfrontiert ist – liegt unter den kreisfreien Städten des Landes immerhin auf Platz 2. Das Durchschnittsalter im LK Cloppenburg lag Ende 2004 übrigens bei 37,6 Jahren. Das war der niedrigste Wert landesweit – 4,2 Jahre unter dem Landesdurchschnitt.

Bezüglich der Arbeitslosenquote wies wiederum Vechta landesweit den günstigsten (niedrigsten) Wert auf, und Wolfsburg hatte die niedrigste Quote aller kreisfreien Städte. Bei der Sozialhilfequote, dem Anteil der Bezieher von Leistungen zum laufenden Lebensunterhalt, gab es exakt die gleiche Struktur: Vechta Platz 1, Gifhorn Platz 2, Wolfsburg unter den kreisfreien Städten Platz 1.

Oldenburger Münsterland nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit auffällig

Der Raum Wolfsburg/Gifhorn ist stark monostrukturell von der Automobilindustrie und ihren Zulieferern geprägt. Seine Entwicklung ist abhängig von der des VW-Konzerns und damit auch der internationalen Automobilkonjunktur. Typisch für die Entwicklungsverläufe dieses Raumes ist daher auch ein zum

Teil rapides Auf und Ab – bei einem Boom in der Automobilindustrie gibt es starke Zuwachsraten, aber genauso auch starke Abwärtsbewegungen bei einer Absatzkrise der Autoindustrie oder von VW. Wissenschaftlich spannender ist die Beschäftigung mit dem Raum Vechta/Cloppenburg, dem Oldenburger Münsterland (zur Lage im nordwestdeutschen Raum siehe die folgende Karte), weil der Erfolg dieser ehemals rückständigen und stark agrarindustriell geprägten Region so gar nicht in die herkömmlichen Erklärungsmuster passen mag. Darum seien an dieser Stelle noch einige weitere Auffälligkeiten benannt:

- *Demographisch:* Dies ist dies *die jüngste Region Deutschlands*. Der Kinderanteil (unter 15jährige) lag Ende 2002 in Cloppenburg bei 21,3 und in Vechta bei 20,1% – das bedeutete bundesweit Platz 1 und 2 vor den benachbarten Kreisen Borken, Emsland und Coesfeld. Vechta und Cloppenburg belegen bundesweit ebenfalls die ersten beiden Plätze in der Geburtenhäufigkeit (Geborene je 1000 Einwohner). Im Jahr 2004 lag dieser Indikator in Cloppenburg bei 11,9 und in Vechta bei 11,5. Bundesweit lag der entsprechende Wert bei 8,6 (2003).
- *Politisch:* Die Region ist zugleich eine „Bastion“ des politischen Konservatismus. Die niedersächsische CDU fährt hier regelmäßig ihre Spitzenergebnisse ein. Bei der Bundestagswahl 2005 erreichte die CDU in Niedersachsen 35,2% der Zweitstimmen, im Wahlkreis Cloppenburg/Vechta waren es aber 57,2%. Dieses Ergebnis ist keine Eintagsfliege, sondern schon traditionell. Bereits zu Zeiten der Kaiserreichs und der Weimarer Republik war diese Region eine Hochburg der katholischen Zentrumspartei.
- *Wirtschaftlich:* Das Oldenburger Münsterland ist das Kerngebiet der größten agrarischen Intensivregion Deutschlands. Im Jahr 2001 wurden im Oldenburger Münsterland von den dortigen 4.952 landwirtschaftlichen Betrieben zusammen unter anderem 1.834.705 Schweine, 7.778.715 Legehennen, 6.703.350 Masthühner und 2.950.732 Puten gehalten. Die dortige Landwirtschaft beruht nahezu ausschließlich auf „Veredlung“, also auf Tierzucht und ist von einer beeindruckenden Produktivität und Leistungsfähigkeit. Ähnliches gilt übrigens zumindest teilweise auch für die benachbarten Kreise in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden. Auch bei den Indikatoren Arbeitslosenquote, Sozialhilfequote, Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung belegt das Oldenburger Münsterland bundesweit vordere Ränge, obwohl das Land Niedersachsen als ganzes in allen diesen Werten nur durchschnittlich ist. Die hochindustrialisierte Agrarwirtschaft ist im übrigen mittlerweile Basis geworden einer breit gefächerten industriellen und gewerblichen Entwicklung; andererseits muss man zu Recht die Frage stellen, ob die Art der dort betriebenen Massenviehhaltung und Fleischproduktion unter ökologischen und Tierschutzaspekten vertretbar ist.

Erklärungsansätze für die demographische und ökonomische Dynamik der Region Oldenburger Münsterland

Wie kommt es, dass eine eher konservative Region, peripher weitab aller Metropolen gelegen, die sich auch noch auf die eher rückläufige Landwirtschaft stützt, doch so unbestreitbare wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Erfolge verzeichnen kann – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines relativ hohen und bundesweit einmaligen Geburtenniveaus?

Die Theorie, es handele sich lediglich um Aufholprozesse einer „nachholenden Modernisierung“, kann man mittlerweile getrost verwerfen. Das „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“ – dieser Indikator ist zwar in Pendlerregion im Umkreis großer Ballungszentren methodisch fragwürdig, und in einem ländlichen Raum fernab großer Zentren hat er sehr wohl große Aussagekraft – lag 1992 in Niedersachsen bei 19.412 Euro. Seinerzeit lag er in Cloppenburg bei 15.316 und in Vechta bei 17.199 Euro. Im Jahr 2003 lag er landweit bei 22.773 Euro, in Cloppenburg bei 21.518 und in Vechta bei 27.209 Euro. Vechta hat den Landesdurchschnitt bereits im Jahr 1995 überholt, und auch Cloppenburg ist gerade dabei, den aktuellen Landesdurchschnitt zu übertreffen. Es handelt sich schon lange nicht mehr um ein *Aufholen* einer rückständigen Region, denn das Überholen hat längst stattgefunden.

Weiter trägt schon die Erklärung, hier habe eine klassische *Clusterbildung* einer „Ernährungskompetenzregion“ stattgefunden. Das „Silicon Valley der Agrarindustrie“ besteht hier aus agrarindustriellen Betrieben, ergänzt durch weiterverarbeitende Betriebe der Fleisch- und Ernährungsbranche, Dienstleister, Logistiker und eine praxisnahe Wissenschaft. Der Cluster „Ernährungswirtschaft“ hat gegenüber dem Cluster „Mobilitätswirtschaft“, wie er im Raum Braunschweig-Wolfsburg dominant ist, den Vorzug einer geringeren Konjunkturanfälligkeit.

Von erheblicher Bedeutung ist auch die mittlerweile günstige Verkehrsanbindung: der bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts völlig weltabgeschiedene südoldenburger Raum ist erst durch den Eisenbahnbau, dann später durch den Autobahnbau exzellent an Hamburg und damit den Weltmarkt einerseits, die „Rheinschiene“ mit der Millionenbevölkerung der nordrhein-westfälischen Industriegebiete andererseits angebunden.

Diese Erklärungen sind fraglos richtig, aber aus verschiedenen Gründen unbefriedigend. Insbesondere die Koinzidenz von demographischer und ökonomischer Dynamik wird hiermit nicht im geringsten erklärt. Cluster wiederum können sich positiv auswirken, tun dies aber durchaus nicht immer. Ehemalige Cluster vergangener Jahrzehnte z.B. in der Grafschaft Bentheim (Textil), im Raum Cuxhaven-Bremerhaven (Fisch) oder im Harz (Metall) sind heute nur

noch Erinnerung, und diese jeweiligen Regionen sind wenn überhaupt nur mit Mühe von ihrem zur Strukturkrise verkommenen Cluster heruntergekommen.

Die Erklärungsansätze müssen tiefer gehen und über die konventionellen wirtschaftsgeografischen Theorien hinausgehen, indem sie subjektive Elemente der jeweiligen Bevölkerung (Mentalitäten, Sozialstruktur, Struktur der örtlichen Eliten) einbeziehen.

Regionale Mentalitäten

Das Oldenburger Münsterland ist eine katholische Diaspora-Region in einem ansonsten protestantischen Umfeld. Seit Ausgang des 30jährigen Krieges gehört es zum „Niederstift Münster“, seit dem Reichsdeputationshauptschluss politisch aber zum (protestantischen) Herzogtum Oldenburg, später zu Niedersachsen. Die katholische Kirche hat in dieser ansonsten ländlichen Region traditionell eine sehr starke Stellung, die durchaus auch gegen die jeweilige staatliche Obrigkeit antritt, wenn es ihr erforderlich scheint. In Vechta ist der Sitz der weltweit einzigartigen Institution des „Offizialats“, eine Art „Vize-Bischoff“ – spöttisch auch „Moorpapst“ genannt – für den norddeutschen Raum. Das Offizialat ist der institutionalisierte Ausdruck der katholischen Dominanz in dieser Region.

Über Jahrhunderte ist hier das Bewusstsein gewachsen, anders zu sein als die protestantischen Nachbarn unter hannoverscher bzw. preußischer Herrschaft, aber auch anders zu sein als die deutlich wohlhabenderen Leute aus dem Norden des Herzogtum Oldenburgs mit seinen fruchtbaren Marschböden; das Oldenburger Münsterland besteht naturräumlich überwiegend aus nicht besonders fruchtbaren Geest- und Moorböden. Erst als der Eisenbahnbau diese ursprünglich arme Region erschloss, als Kunstdünger per Bahn herangeschafft und Agrarprodukte ausgeführt werden konnten, begann der kollektive Aufschwung dieser Region. Der Modernisierungsprozess der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde hier, anders als in vielen anderen ländlichen Regionen, als positiv und als Befreiung von materieller Not empfunden.

„Dabei kann die Region auf ein ausgeprägtes Regionalbewusstsein setzen, das in einer 600jährige gemeinsamen Geschichte gewachsen ist“, heißt es in der Homepage des Verbandes Oldenburger Münsterland. *Eine Region wird erst dann zur Region, wenn sie sich als solche fühlt und begreift.* Hier ist dies sehr früh der Fall gewesen, und zwar immer unter konservativ-katholischer Fahne und gestützt auf ein solides bäuerliches Selbstwertgefühl, das sich von keiner oldenburgischen, erst recht keiner hannoverschen oder berliner Obrigkeit etwas sagen lässt. Politischer Ausdruck dessen sind immer neue absolute Mehrheiten erst für das Zentrum, später für die Christdemokratie bei Bundes- und Landtagswahlen. Seit Jahrzehnten gibt es hier eine ungebrochene Ein-Parteien-Herrschaft.

Das besondere Regionalgefühl, verbunden mit einer Distanz zu den staatlichen Zentren, kommt z.B. in der Homepage des LK Vechta zum Ausdruck: „Auf den ersten Blick ist der Landkreis Vechta ein ganz normaler Landkreis wie viele andere auch. Wer sich aber die Mühe macht (und die lohnt sich), ein wenig genauer hinzuschauen, wird schnell das Einzigartige bemerken. Das fängt schon bei der Gründung des Landkreises 1945 an. Immerhin ist der Landkreis Vechta der erste Landkreis überhaupt, der nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in Deutschland gebildet wurde. Und während in den 70er Jahren anderenorts so mancher Kreis der kommunalen Neugliederung zum Opfer fiel, haben die Menschen im Landkreis Vechta für den Erhalt gekämpft. Über neun Jahre lang, und das mit Erfolg!“

Eine Besonderheit der Region ist ihr demographisches Verhalten, das in etwa eine Generation zeitversetzt hinter der „normalen“ Landesentwicklung zurück ist. Die aktuelle Geburtenrate der Region liegt auf dem Niveau des Landes Niedersachsen von 1972/73.

Zwar gehen auch hier die Geburtenzahlen zurück und steigt die Zahl der Ehescheidungen. Aber nach wie vor ist hier die Scheidungshäufigkeit um etwa ein Drittel geringer als im Landesdurchschnitt, und auch der Anteil unehelicher Geburten ist äußerst gering. Dies hängt auch mit der starken konfessionellen Prägung der hier lebenden Menschen zusammen. Die Lebensentwürfe vor allem der Frauen der Region unterscheiden sich erheblich von denen der Frauen anderer Regionen. Dies äußert sich nicht nur im Reproduktionsverhalten, sondern z.B. auch im Ausbildungsverhalten.

Eine weitere regionale Besonderheit hängt abermals mit konfessioneller Prägung zusammen, nämlich der Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR in dem Raum, vorzugsweise in die Gemeinde Molbergen. In den lange Zeit ausschließlich katholischen Raum Cloppenburg strömen seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts protestantisch-evangelikal geprägte „Rußlanddeutsche“, die zum großen Teil einer Pfingstler-Sekte angehören. Auch diese Zuzügler sind oft sehr kinderreich, was – zusammen mit der konservativ-christlichen Prägung – viele Gemeinsamkeiten mit der ortsansässigen Bevölkerung schuf.

Besonderheiten der Sozialstruktur

Die regionalen Eliten scheinen eine bemerkenswerte Konstanz und ein hohes Gewicht aufzuweisen. Man kann dies, neben der Ein-Parteien-Herrschaft, z.B. an der Einkommensverteilung sehen. Die Einkünfte in der Region sind, wie z.B. die Ergebnisse der letzten Lohn- Einkommensteuerstatistik 2001 ergaben, insgesamt durchschnittlich, das Lohnniveau aber lag 2004 im LK Cloppenburg

um 13%, im LK Vechta um 11% unter dem Landesdurchschnitt. Das bedeutet, dass die Spitzenverdiener, z.B. örtliche Unternehmer, hier eine überdurchschnittlich hohes Gewicht haben. Steuerpflichtige mit einem „Gesamtbetrag der Einkünfte“ von über 125000 Euro hielten 2001 landesweit einen Anteil von 12,6% an allen Einkünften aller Steuerpflichtigen. Dieser Anteil lag im LK Vechta bei 18,2% und im LK Cloppenburg bei 13,8%, also deutlich höher.

Trotz der unterdurchschnittlichen Löhne der abhängig Beschäftigten, u.a. auch eine Folge der Niedriglöhne in der fleischverarbeitenden Industrie und des insgesamt relativ niedrigen formalen Qualifikationsniveaus, ist in der Region das Wohneigentum eher die Regel als die Ausnahme. Ende 2004 waren im LK Cloppenburg 60% und im LK Vechta 56% aller Wohnungen solche in Einfamilienhäusern – das sind auch für den ländlichen Raum überdurchschnittliche Quoten. Das Wohneigentum breiter Schichten erhöht zugleich die Verbundenheit mit der Region.

Die sozialen Netzwerke sind hier relativ dicht geknüpft, wobei immer wieder die katholische Kirche und ihre Suborganisationen (Caritas, Kolpingwerk) eine große Rolle spielt. Eine nicht zu unterschätzende Rolle scheinen auch die Kneipen zu spielen – die Kneipendichte ist hier um 25% höher als im Landesdurchschnitt. Demgegenüber spielen Sportvereine, anders als in anderen ländlichen Gegenden, hier keine große Rolle. Die Dichte der sozialen Netzwerke lässt sich z.B. an einer relativ geringen Kriminalitätsbelastung in allen Altersgruppen ablesen. Deutlicher noch sind die Ergebnisse der Pflegestatistik 2003: Pflegebedürftige Personen werden im LK Vechta zu 49,5%, im LK Cloppenburg sogar zu 60,5% zu Hause durch Angehörige versorgt. Landesweit lag diese Quote bei 45,8%. Die Leistungen professioneller Pflegedienste oder Heime wurde entsprechend seltener in Anspruch genommen.

Regionale Selbststeuerungsfähigkeit

Die Region folgt einem eigenen, selbstentwickelten Leitbild. Während anderswo im ländlichen Raum den mehr oder weniger modischen Trends regionaler „Entwicklungshelfer“ und ihren wechselhaften Ratschlägen gefolgt wurde, hat sich das Oldenburger Münsterland stets auf seine ursprünglich bäuerlichen Traditionen und Fähigkeiten verlassen und dabei geschickt, flexibel und zum Teil hoch innovativ die sich bietenden Marktchancen genutzt.

Gestützt auf den agrarischen Aufschwung hat die Region es verstanden, die „Wertschöpfungskette“ weitgehend in die Hand zu bekommen. Auch die der industriellen Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche (z.B. Düngemittel, Agrarhandel, Schlachthöfe, Fleischwarenfabriken, Verpackung, Logistik) sind in der Region ansässig geworden bzw. haben sich zumeist aus kleineren

ortsansässigen Unternehmen, oft Handwerksbetrieben, entwickelt. Es sind in der Regel eben nicht „verlängerte Werkbänke“ von auswärtigen Industrieunternehmen, die von weither gesteuert werden.

Im Gegenteil: Wie eine aktuelle Auswertung des Unternehmensregisters ergab, arbeiten etwa 88% der Beschäftigten dieser Region in Betrieben, die zu Unternehmen gehören, die gleichfalls in der Region ansässig sind.⁵ Landesweit liegt diese Quote bei 83% und damit deutlich niedriger. Das heißt, dass die strategischen Unternehmensentscheidungen hier relativ ortsnahe fallen. Das spielt gerade bei unangenehmen, harten Entscheidungen wie Entlassungen und Werkschließungen wahrscheinlich eine große Rolle. Es fällt schwerer, jemand zu entlassen, wenn man ihn am Sonntag in der Kirche trifft und vielleicht beim Kindergeburtstag die Woche drauf. Der Begriff „*Verantwortung*“ bekommt seinen vollen Gehalt erst dann, wenn man wirklich *antworten* muss, wenn man zur Rede gestellt wird. Jedenfalls ergab die o.g. statistische Auswertung, dass es einen klar messbaren Zusammenhang zwischen der regionalen Selbststeuerungsfähigkeit und der Arbeitslosigkeit gibt: diese ist um so niedriger, je höher der Anteil der ortsnahe gesteuerten Betriebe und Beschäftigten ist.

Untergräbt die Region die Grundlagen ihres Erfolgs?

Der gesellschaftliche Wandel macht natürlich auch vor dieser Region, die auf so erstaunliche Weise traditionelle Strukturen mit dynamischer Modernisierung zu verbinden versteht, nicht halt. Es gibt Tendenzen zur Auflösung der stabilen regionalen Herrschaftsstrukturen und sozialen Milieus. So wurde die letzte Bürgermeisterwahl in der Stadt Vechta vom SPD-Kandidaten gewonnen – eine Sensation in einer Region, in der absolute Mehrheiten der CDU die Regel sind. Auch bei den sonstigen Wahlen bröckelt die absolute CDU-Dominanz langsam, aber gleichmäßig – im Laufe von 30 Jahren hat sie in der Region etwa 10 Prozentpunkte verloren.

Dies ist der politische Ausdruck eines dahinterliegenden Erosionsprozesses des katholischen Milieus. Die kirchlichen Bindungen sind zwar noch stark, aber sie lösen sich rapide auf. So sank die Zahl der Gottesdienstbesucher von 98058 im Jahresdurchschnitt 1980 auf nur noch 44322 im Jahr 2002 – ein Rückgang um 55% trotz steigender Bevölkerungszahlen.

Am Beispiel der Demographie wurde bereits ausgeführt, das die Region im großen und ganzen die deutschlandweiten Trends nachvollzieht – aber etwa eine Generation zeitversetzt. Eine „Gemengelage“ von Mentalitäten, stabilen familiären, nachbarschaftlichen und kirchlichen Netzwerken sorgt heute noch

⁵ Näheres auch zur Methode in: Lothar Eichhorn, Regionale Selbststeuerungsfähigkeit und demographischer Wandel, in: Niedersachsen-Monitor 2005, Hannover 2005, S. 54-72.

dafür, dass die Geburtenraten überdurchschnittlich hoch bleiben, und der Zuzug kinderreicher Russlanddeutscher tut ein Übriges hinzu.

Der bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolg der Region basiert nicht nur auf Clusterbildung und einer günstigen Lage im Raum, wenngleich dies bedeutend ist. Er basiert genauso auf mentalen und sozialen Voraussetzungen:

- schon traditionelles innovatives Verhalten im Bereich der „Tierproduktion“,
- dichte soziale Netzwerke, die u.a. mit für die hohen Kinderzahlen ursächlich sind
- hohes regionales Selbstbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl
- lokale und regionale Einbindung der örtlichen Unternehmer.

Es gibt Hinweise, dass zumindest die letzten drei Gründe für den Erfolg der Region sich in einem Erosionsprozess befinden. Näheres dazu ist dem Beitrag von Jessica Huter zu entnehmen. Die Indizien dafür sind zahlreich: Die auch soziale Verantwortung, die ehemals patriarchalische Unternehmer für „ihre Leute“ übernahmen, bröckelt offenbar in einem internationalen Konkurrenzkampf, der dazu führt, dass die ehemals örtlich gebunden und eingebundenen Unternehmer des Oldenburger Münsterlandes in großem Umfang Produktionsstätten in Mittel- und Osteuropa aufkaufen und umgekehrt billige und gering qualifizierte Arbeitskräfte aus diesen Ländern importieren.

Die Leistungsfähigkeit der sozialen Netzwerke schwindet in dem Maße, wie der konfessionelle Einfluss abnimmt und auch hier die durchschnittliche Kinderzahl zurückgeht. Und der nahezu ausschließlich von Kapitalverwertungsaspekten bestimmte Umgang mit den „Nutztieren“ Schwein, Rind, Pute und Huhn führt zu ökologischen Folgeproblemen (z.B. Grundwasser), zu einer Vernachlässigung der Rechte der Tiere bzw. zu einem oft gnadenlosen Umgang mit den Geschöpfen in Haltung, Transport und Schlachtung. Beides zusammen kann, wie die Häufung von Fleischskandalen im Jahr 2005 zeigt, zu einer Vertrauenskrise bei den Verbrauchern führen. Die Region und ihre Verantwortlichen müssen beweisen, dass sie auch weiterhin lernfähig und innovativ sind, indem sie verhindern, dass diese Region bzw. ihre verantwortlichen Eliten durch ihren rapiden Entwicklungsprozess die soziale und mentale Basis des Erfolges zerstört und damit alles, was die Region einzigartig macht.

Politische Dimensionen regionaler Entwicklungsmodelle – Eine Randnotiz

Als jemand, der im Kontext der Regionalentwicklung nicht als Experte und auch nicht als Akteur mit spezifischen Interessen ausgewiesen ist, habe ich mich natürlich gefragt, was hier eigentlich von meinem Beitrag erwartet werden könnte. Als Sozialwissenschaftler beschäftige ich mich in der Regel mit Fragen der Macht und Herrschaft, d.h. mit einer politischen Soziologie, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen oder Feldern den Formen und der ‚Logik‘ symbolischer Macht nachgeht; also jenen Zwängen, die als eine Art der nie in Frage gestellten – weil als selbstverständlich erachteten und internalisierten – Schwerkraft unser alltägliches Denken und Handeln in den jeweiligen sozialen Feldern leitet. Es geht dabei um die mehr oder minder verborgenen Mechanismen von Macht, deren Kenntnis die grundlegende Voraussetzung für bewusste oder reflexive bzw. „zurückbiegende“ Entwicklung darstellt.

Als Schuster, der bei seinen Leisten bleibt, habe ich mich aus dieser Perspektive dem Thema der Regionalentwicklung genähert und möchte nun – ehrlicherweise – ganz unabhängig von den möglichen Erwartungen an einen Politikwissenschaftler dazu einige Anmerkungen machen. Um es vorwegzunehmen: Die Anmerkungen laufen darauf hinaus, ein Unbehagen zu äußern, das ich glaube, in der Diskussion und Argumentation über regionale Entwicklungspolitik feststellen zu können. Es resultiert aus der meines Erachtens überwiegend ökonomistischen Prägung dieser Diskussion. Ohne fertige Gegenkonzepte oder Alternativen liefern zu können und damit auf die Gefahr hin, als Querulant wahrgenommen zu werden, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass regionale Entwicklung im sozialen Feld der hier agierenden Akteure aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, und damit letztlich auch in der Medienöffentlichkeit, primär in ökonomischen Kategorien thematisiert wird; Kategorien, die nicht selten über ihre eigenen argumentativen Voraussetzungen hinaus Wahrheit beanspruchen und somit die Wahrnehmung von Regionalentwicklung zu dominieren suchen – eine für mich zentrale politische Dimension regionaler Entwicklung.

Wenn ich angesichts dieses zu kritisierenden ökonomistischen Bias bzw. dieser ‚Verzerrung‘ von Unbehagen spreche, was im ursprünglichen Wortsinne ja heißt, sich nicht hinreichend geschützt zu fühlen, weil andere als bedeutsam erachtete Werte und Aspekte verloren zu gehen drohen, dann bezieht sich dieses Unbehagen auch auf meine eigenen früheren Arbeiten. Ich möchte dies an einem Beispiel erläutern aus einer Studie, die ich mit meiner Forschungsgruppe

über soziale Ungleichheit und Lebensweisen in Niedersachsen 1994/95¹ durchgeführt habe.

Wenn Sie sich das Raumschema über Wirtschaftskraft und Tertiarisierung in Niedersachsen anschauen, finden Sie dort die niedersächsischen Kreise und kreisfreien Städte in einer an den Dimensionen Wirtschaftskraft und Tertiarisierung ausgerichteten Anordnung verzeichnet. Wirtschaftskraft hatten wir als quantitative Wirtschaftsleistung, insbesondere in Form der Bruttowertschöpfung und der auf Kreisebene umgerechneten Steuereinnahmen, operationalisiert. Mit Tertiarisierung waren Indikatoren für eine industriell geprägte Dienstleistungsgesellschaft verbunden, wie insbesondere überdurchschnittlich hohe Beschäftigten- anteile in den Dienstleistungsbereichen. Andere – hier nicht räumlich vorgestellte – Dimensionen waren im Zusammenhang unserer Studie von uns ebenfalls nach dem Prinzip dieses Raumschemas abgebildet worden, wie z.B. ‚kulturelles‘ und ‚ökonomisches Kapital‘, auf der Grundlage des formalen Bildungsniveaus und der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik, oder ‚Wirtschaftsprobleme‘ und ‚bekämpfte Armut‘, auf der Grundlage regionaler Arbeitsmarktprobleme und eingeschränkter finanzieller Handlungsspielräume der Kreise und Kommunen sowie der Anteile in der Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt von Sozialhilfe bestreiten.

Ähnliche Raummodelle finden wir heute bei vielen Gelegenheiten des Vergleichs. Vergleiche haben in den Sozialwissenschaften den Charakter des „indirekten Experiments“²; indirekt deswegen, weil hier, anders als in den Naturwissenschaften, nicht mit künstlich erzeugten, sondern mit der Gesellschaft eigentümlichen Phänomenen gearbeitet wird. Gesellschaft und soziale Praxis lassen sich nicht wie in einem Reagenzglas beliebig spezifisch reproduzieren, insofern sind soziale oder gesellschaftliche Experimente des Vergleichs immer indirekte Experimente. Vergleiche sind eine Methode, bei der mindestens zwei Untersuchungsgegenstände bzw. Objekte auf wenigstens eine Dimension bezogen werden, um Gemeinsamkeiten, Unterschiede und spezifische Wechselbeziehungen erkennen zu können. Über Vergleiche lassen sich Beziehungen veranschaulichen und Differenzen erkennen, die letztlich zur Prägung von Begriffen beitragen können, die wiederum zur Erklärung des verglichenen Sachverhalts verhelfen sollen. Erklärt werden kann bestenfalls allerdings immer nur derjenige Sachverhalt, der über die Dimensionen des Vergleichs erfasst worden ist, also im vorliegenden Fall die Beziehung zwischen ‚Wirtschaftskraft‘ und ‚Ter-

¹ Dagmar Müller, Martin Buitkamp: Soziale Ungleichheiten und Lebensweisen in Niedersachsen. Zur Entwicklung regionaler Sozialstrukturen, Hannover 1996, [Wiss. Leitung: Heiko Geiling] (agis texte 10)

² Emile Durkheim: Regeln der soziologischen Methode, Neuwied u. Berlin 1976⁴, (frz.: 1895), S.205

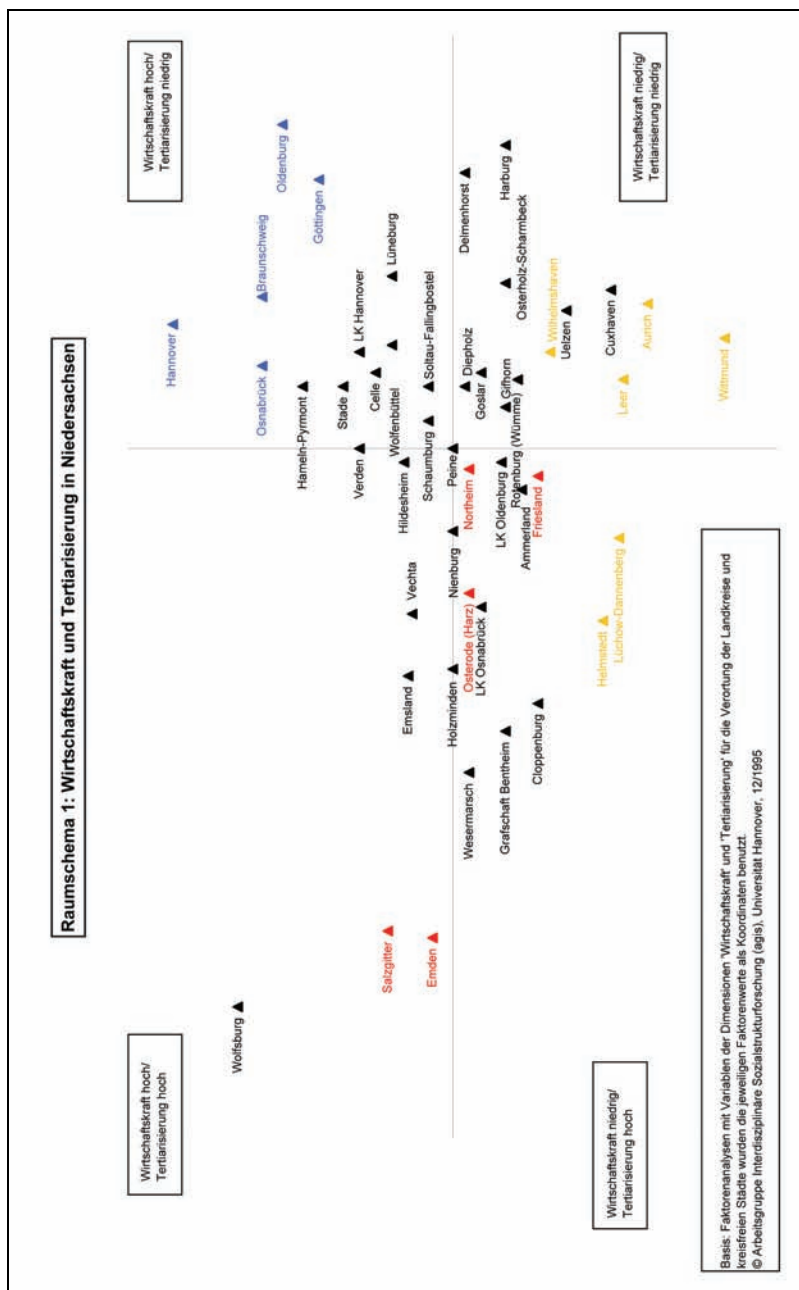


Abbildung 1: Wirtschaft und Tertiarisierung in Niedersachsen

tiarisierung'. Da nun aber Begriffe, wenn sie einmal in der Welt sind, dazu tendieren, ein Eigenleben zu führen und auf die Realität bzw. Gesellschaft zurückwirken, ist bei deren Prägung und Verwendung große Vorsicht geboten.

Dazu – bevor ich auf unser Raumschema zurückkomme – ein Beispiel: Nr. 2 des „Neuen Archivs für Niedersachsen“ aus dem Jahr 2004 ist unter dem Titel „Regionale Wachstumskonzepte in Niedersachsen“ erschienen. In einem der dort versammelten Beiträge, die ohne Ausnahme von ‚ökonomischem‘ Wachstum handeln, heißt es als einleitender Abschnitt: „In den vergangenen Jahrzehnten haben die deutschen Unternehmen den internationalen Wettbewerb hervorragend für sich nutzen können. Die Freiheit des Welthandels hat es Deutschland ermöglicht, zu einer führenden Exportnation zu werden. In Niedersachsen hat sich das Bruttoinlandsprodukt von 89 Mrd. Euro in 1970 bis 2003 nahezu verdoppelt auf 170 Mrd. Euro.“ In der dazugehörigen Fußnote heißt es erläuternd: „in konstanten Preisen von 1995; das BIP je Erwerbstätigen stieg im selben Zeitraum von 30 173 Euro auf 48 948 Euro.“ Anschließend heißt es im Text unmittelbar weiter: „Die Globalisierung konnte genutzt werden, um wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand zu schaffen.“³

Wie Sie sicherlich bemerkt haben, scheint es so, als sei hier etwas zueinander in Beziehung gesetzt worden, also verglichen worden, um es über daraus abgeleitete Begriffe erklären zu wollen. In dem Zitat wird behauptet, deutsche Unternehmen hätten in den letzten Jahrzehnten den internationalen Wettbewerb – dieser wird mit Globalisierung gleichgesetzt – für sich „hervorragend“ genutzt und damit wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand geschaffen. Als Beleg für diese Behauptung werden nun nicht – wie zu erwarten wäre – diese deutschen Unternehmen mit wie auch immer aggregierten Indikatoren angeführt, sondern es wird Niedersachsen ins Spiel gebracht mit seinem in den letzten 33 Jahren verdoppelten Bruttoinlandsprodukt. Allerdings wäre dies im Sinne einer plausiblen Argumentation nur dann gerechtfertigt, wenn das Land Niedersachsen in seinen ökonomischen Kennziffern exakt dem Durchschnitt der gesamtdeutschen ökonomischen Entwicklung entsprechen würde. Dies jedoch ist nicht der Fall. Denn wie es ebenfalls in Nr. 2 des „Neuen Archivs für Niedersachsen“ aus dem Jahr 2004 in einem anderen Aufsatz – „Wirtschaftlicher Strukturwandel in Niedersachsen“⁴ – heißt, liegt das niedersächsische Produktivitätsniveau 5% unter dem Bundesdurchschnitt; darüber hinaus leben in Niedersachsen zwar etwa 10% der deutschen Bevölkerung, aber nur für 9% der deutschen Erwerbstätigen stellt das Land Arbeitsplätze bereit und nur 8,5% des deutschen Inlandprodukts resultieren aus der niedersächsischen Wirtschaft.

³ Wulfheinrich von Natzmer: Regionale Wachstumskonzepte – Eine effektive Methode der regionalen Wirtschaftsstrukturpolitik, in: Neues Archiv für Niedersachsen, 2/2004, S.25

⁴ Harald Legler, Ulrich Schasse: Wirtschaftlicher Strukturwandel in Niedersachsen, in: Neues Archiv für Niedersachsen, 2/2004, S.3-23

Mit der ökonomischen Entwicklung Niedersachsens nicht nur den scheinbar erfolgreich bewältigten internationalen Wettbewerb deutscher Unternehmen, sondern gleich auch noch „wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand“ zu verbinden, erscheint allein aus diesen Gründen zumindest fragwürdig. Nicht nur bricht die wegen eines nicht statthaften Vergleichs interne Argumentation des obigen Eingangszitats zusammen, sondern auch dessen grundsätzliche Behauptung der erfolgreichen Globalisierungsbewältigung in Deutschland, wenn es in dem zweiten erwähnten Aufsatz im „Neuen Archiv für Niedersachsen“ heißt: „Insofern sollte bei Betrachtung der niedersächsischen Wirtschaft und ihres strukturellen Wandels auf keinen Fall übersehen werden, dass die deutsche Wirtschaft insgesamt seit Anfang der neunziger Jahre verglichen mit den meisten Konkurrenten an Produktivität und Wachstum sowie an Beschäftigungsmöglichkeiten – das sind die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele – eingeblüht hat, und zwar recht deutlich.“⁵

Was kann uns dieses Beispiel lehren? Wenn die Logik der vermeintlich wissenschaftlichen Argumentation und Begriffsbildung sich in ihren Voraussetzungen als widersprüchlich erweist, stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Charakter der begrifflichen Schlussfolgerungen. In der Regel handelt es sich dann um sogenannte nichtwissenschaftliche Vor-Begriffe aus der sozialen Praxis, die wenig erklären, aber dafür alltägliche gesellschaftliche Interessen transportieren. Im erwähnten Beispiel wäre dann genauer zu untersuchen, wer mit welchen Motiven eher positive und wer warum eher negative Assoziationen mit der Aneinanderreihung von Vor-Begriffen zu erzeugen sucht. In unserem Fall lautet diese Reihung: ‚deutsche und niedersächsische Unternehmen, Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts, Globalisierung, wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand‘. Ich möchte es hier mit diesen Anmerkungen bewenden lassen, zumal es mir darauf ankam, auf die Bedeutung erkenntniskritischer Wachsamkeit hinzuweisen, dabei Vergleiche und insbesondere in den ökonomischen Wissenschaften beliebte Zahlenwerke und daran anschließende Schlussfolgerungen mit Vorsicht zu genießen.

Entsprechend vorgewarnt möchte ich Sie erneut auf unser Raumschema „Wirtschaftskraft und Tertiarisierung in Niedersachsen“ aufmerksam machen. Was ist dort zu erkennen? In der Logik des Schemas bildet zunächst die horizontale Linie des Achsenkreuzes die durchschnittliche Wirtschaftskraft der Kreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen ab. Weit über dem Durchschnitt bewegen sich hier die Städte Hannover, Wolfsburg, Osnabrück, Braunschweig, Oldenburg, weit unter dem Durchschnitt sind hier verzeichnet Wittmund, Aurich, Leer, Lüchow-Dannenberg, Cuxhaven und Helmstedt. Die vertikale Linie des

⁵ Ebd., S.3

Achsenkreuzes bildet die durchschnittliche Tertiarisierung in Niedersachsen ab. Über dem Durchschnitt an der Spitze sind verzeichnet Oldenburg, Harburg, Delmenhorst, Göttingen und Lüneburg, weit unter dem Durchschnitt Wolfsburg, Emden, Salzgitter und Wesermarsch. Auf einer Linie der Tertiarisierung liegen Hannover und Wittmund – die Orte mit höchster und niedrigster Wirtschaftskraft. Das Achsenkreuz teilt den Raum in vier Felder mit unterschiedlichen Kombinationen der Ausprägungen beider Dimensionen – Wirtschaftskraft und Tertiarisierung. So haben die Kreise und Städte im oberen rechten Quadranten eine höhere Wirtschaftskraft und in ihrer Wirtschaftsstruktur spielen Dienstleistungen eine gewichtige Rolle. Bei den Kreisen und Städten im oberen linken Quadranten beruht die Wirtschaftskraft dagegen auf produzierenden Unternehmen.

Bevor die bei den meisten Betrachtern des Raumschemas sicherlich schon in Gang gesetzten Assoziationen und Interpretationen geäußert werden, will ich nochmals fragen, was wir hier sehen und was wir hier erkennen können. Wir sehen hier nichts weiter als die an den in Niedersachsen durchschnittlich festgestellten Kennziffern für Wirtschaftskraft und Tertiarisierung orientierten Positionierungen der Kreise und Städte, oder wenn man so will: die Beziehungen der Kreise und Städte zueinander auf der Grundlage von Indikatoren für Wirtschaftskraft und Tertiarisierung. Wir erkennen dabei, dass die über diesen konstruierten Raum hergestellten Beziehungen höchst unterschiedlich hinsichtlich der räumlichen Distanzen und Näheverhältnisse ausfallen. Mehr ist eigentlich nicht zu erkennen. Denn hohe Wirtschaftskraft, wie das Beispiel Wolfsburg zeigt, ist nicht ausschließlich mit hoher Tertiarisierung verbunden, und auch, wie das Beispiel von Wittmund zeigt, ist überdurchschnittliche Tertiarisierung kein Garant für hohe Wirtschaftskraft. Ich will damit sagen, dass die ausgesprochen hohe Abstraktionsebene – also Wirtschaftskraft und Tertiarisierung –, auf der die Logik dieses Raumschemas aufbaut, allein keine Erklärungen für regionale Entwicklungspfade liefern kann. Das Schema ist z.B. nicht in der Lage zu erklären, dass die Kreise und Städte durch Funktions- und Arbeitsteilungen miteinander verflochten sind. Zu denken ist hier an die Funktionsteilungen zwischen den Städten und ihrem Umland oder an die landesweiten Verflechtungen der gerade in Niedersachsen bedeutsamen Automobilbranche. Ebenfalls nicht zu erklären sind damit Indikatoren hoher Wirtschaftskraft und Tertiarisierung in einzelnen Regionen, wie z.B. Hannover anlässlich der Weltausstellung im Jahr 2000, die auf der Grundlage von politischen motivierten Benachteiligungen anderer Regionen beruhen, oder ganz einfach daraus, dass es sich hier um die relativ großen städtischen Zentren im Land handelt, die über ungleich mehr an Ressourcen und Macht in die Waagschale werfen können als andere Regionen.

Um diese äußerst eingeschränkte Aussagekraft des Raumschemas erweitern zu können, hatten wir 1995 versucht, das Problem der Arbeitslosigkeit als dritte

Dimension in das Schema einzubeziehen. Dabei wurden all die Kreise und Städte farbig gekennzeichnet, die 1992 überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten von 8,5% und mehr für sich zu verzeichnen hatten. Blieben wir jetzt angesichts der Frage, was diese zusätzliche Dimension zu erkennen erlaubt, allein in der dimensional Logik des Raumschemas stehen, wäre die Verwirrung perfekt. Denn hohe Arbeitslosenquoten gibt es offenbar an fast allen Stellen des hier konstruierten Raums; im Zentrum ebenso wie an den Rändern, in den Regionen mit hoher Wirtschaftskraft und Tertiarisierung ebenso wie in denen mit geringer Tertiarisierung und mittlerer wie auch niedriger Wirtschaftskraft. Daraus muss geschlossen werden, dass allein in der Logik des Raumschemas kein erkennbarer Zusammenhang zwischen den Dimensionen Arbeitslosenquote, Wirtschaftskraft und Tertiarisierung besteht.

Nun widerspricht diese Schlussfolgerung unserer gängigen Wahrnehmung von wirtschaftlich erfolgreichen oder schwachen Regionen. So könnte eingewandt werden, dass es einen erheblichen Unterschied ausmache, ob man sich nun 8,5% Arbeitslose in Wittmund oder 8,5% Arbeitslose in Hannover vorzustellen habe. Ebenso wäre es wohl – gelinde gesagt – unangemessen, Wittmund und Hannover hinsichtlich ihrer Tertiarisierung auf eine Stufe zu stellen, und hier in Goslar könnte darüber Verwunderung entstehen, was es denn bedeute, sich nahezu identisch mit Diepholz im Raum positioniert zu sehen. Einerseits sind diese Einwände völlig berechtigt, andererseits sind sie jedoch – wie angedeutet – ebenso unberechtigt.

Unberechtigt sind sie immer dann, wenn die Grenzen der raumschematischen Vergleichsperspektive berücksichtigt werden. Aggregierte Daten, die prozentual auf einen gemeinsamen Durchschnitt bezogen werden, bilden wie im vorliegenden Fall zwar ein in sich logisches System von Beziehungen ab, stellen aber auf Grund ihres enormen Abstraktionsniveaus den einzelnen Fall, hier also die einzelne Region, völlig in den Schatten dieser Logik. Jede Region bleibt im Rahmen dieser nivellierenden Logik völlig schemenhaft ohne spezifische Kontur. Insofern kann bei aller Plausibilität des Raumschemas seine angebotene Vergleichsperspektive nur eine heuristische Funktion haben bzw. einen allenfalls hypothetischen Charakter.

Nehmen wir zum Beispiel die im oberen rechten Quadranten blau markierten Städte mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten, lassen sich deren Positionierungen nur mit Hilfe zusätzlicher Indikatoren erklären. Es handelt sich um Verwaltungs- und Dienstleistungszentren mit schrumpfenden industriellen Kernen. Der expandierende Dienstleistungsbereich kann die hohe Nachfrage nach Arbeitsplätzen, die von Einpendlern, Zuwanderern und einer hohen Frauenerwerbstätigkeit hervorgerufen wird, nicht kompensieren. Die allgemein sehr hohe Erwerbstätigkeit wird von ökonomischem Zwang diktiert, da die

Lebenshaltungskosten dem umfangreichen Angebot entsprechend hoch sind. Die hohen Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten führen zu einer Marginalisierung benachteiligter Gruppen in diesen Städten.

Oder nehmen wir als weiteres Beispiel die gelb markierten Regionen in der unteren Hälfte des Raumschemas. Diese ließen sich als periphere Regionen bezeichnen, deren Strukturschwäche sich in der noch hohen Zahl von Beschäftigten in der Landwirtschaft und in der hohen Abhängigkeit von öffentlichen Dienstleistungen, wie Bundeswehr, Verwaltung und Gesundheitssektor, auszeichnet. Die privaten Dienstleistungen sind vor allem personenbezogen, wie im Einzelhandel oder Handwerk, da produktionsnahe Dienstleistungen auch auf Grund der schlechten verkehrlichen Anbindung an die industriellen Zentren ungünstige Standortbedingungen vorfinden. Die mangelnde Anbindung erschwert zudem das Berufspendeln. Das ansässige verarbeitende Gewerbe ist kleinbetrieblich organisiert und relativ fertigungsintensiv. Das begrenzte Angebot an Ausbildungsplätzen sowie die landwirtschaftlich und handwerklich geprägte Beschäftigungsstruktur führt zu ausgeprägter Jugendarbeitslosigkeit und zu saisonal starken Schwankungen in den Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch trifft in diesem Regionstyp ein wachsender Zuzug von Aussiedlern mit für diese Personengruppe besonders ungünstigen Beschäftigungsmöglichkeiten zusammen.

Die Beispiele sollen andeuten, dass selbst unter Hinzuziehung weiterer Indikatoren, die über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus den nächst größeren zu Grunde legen, die einzelnen Regionen für sich noch relativ unbestimmt bleiben. Dies ändert sich erst in dem Moment, wo über einzelne, zumeist ökonomische, Kennziffern und Durchschnittswerte hinaus die Region oder Stadt in ihrer besonderen Struktur, Gestalt und landesspezifischen Interdependenz Berücksichtigung findet und somit die vergleichende Perspektive des indirekten Experiments in die Richtung einer historisch-spezifischen Analyse erweitert wird. Über die Vielzahl, zumeist leicht zugänglicher wirtschafts- und soziodemographischer Indikatoren und Daten hinaus gehören dazu dann Informationen über das politische System und das regulative Umfeld, wie z.B. auch das Verhältnis der politischen und gesellschaftlichen Eliten zur übrigen Bevölkerung ebenso wie zur politischen Macht der Landes- oder gar Bundesregierung, in den letzten Jahren zunehmend sogar zur EU in Brüssel; nicht zu vergessen die jeweiligen ökologischen und kulturellen Alleinstellungsmerkmale und Traditionen mit ihren spezifischen Konfigurationen regionaler Identitäten und Formen des Eigensinns. Nur unter diesen Bedingungen lassen sich die in meinem Raumbeispiel nachbarschaftlich positionierten Regionen Diepholz und Goslar hinsichtlich ihrer regionalen Entwicklung differenzieren. Diepholz, mit Dümmer See, Wildeshauser Geest und Strohmuseum Twistringen, hat dann mit Goslar, dem Nordischen Rom der sächsischen und salischen Kaiser, Rammels-

berg und jährlich 1,3 Millionen Touristen, in der Tat nur sehr wenig gemeinsam. Und das ist auch gut so. Denn es führen viele Wege nach Rom. Rom ist übrigens in Artikel 72 unseres Grundgesetzes beschrieben, und zwar als „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ und als „Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit“. Und noch immer ist dies der Maßstab für regionale Entwicklungspolitik in Deutschland. Jedoch – und damit will ich meine Randnotizen noch einmal auf den Punkt bringen – besteht die Gefahr, dass für politische Entscheidungen diese grundgesetzliche normative Perspektive zunehmend an Bedeutung verliert. Ich halte dies für eine zentrale politische Dimension in der Beschäftigung mit regionalen Entwicklungsmodellen; insbesondere dann, wenn diese vorwiegend ökonomistisch geprägt sind und mit Begriffen operieren, die über ihre eigenen wissenschaftlichen Voraussetzungen hinaus durchgehend Geltung beanspruchen. Die Vielfalt unserer Regionen kann dabei auf der Strecke bleiben. Und unsere Verfassung würde zur bloßen Makulatur.

Kulturlandschaften – Von der Vergangenheit in die Zukunft

Einleitung

In der Zeit der Industriellen Revolution bildete sich ein scharfer Kontrast in der Landschaft aus: Ein Teil des Landes wurde von Industrie- und Wohngebieten überzogen, während ein anderer, immer kleiner werdender Landesteil sein altes Bild behielt. Um diesen Teil des Landes, in dem die Biodiversität hoch war und in dem man sich erholen konnte, vor der weiter um sich greifenden Industrialisierung zu bewahren, stellte man Heideflächen und Streuwiesen, lichte Wälder und Grasland unter Naturschutz (Abb. 1).



Abbildung 1: Die Lüneburger Heide am Wilseder Berg, ein schon früh unter Schutz gestelltes Gebiet, das zwar Inbegriff von Naturschutz ist, aber eigentlich eine Landschaft, die regelmäßiger Pflege bedarf, damit ihr Aussehen und ihre Biodiversität erhalten bleiben (Aufnahme von 1998).

Nach einigen Jahren oder Jahrzehnten wurde immer stärker deutlich, dass man in diesen Naturschutzgebieten eine Entscheidung zu fällen hatte: Entweder man überließ sie der natürlichen Entwicklung, durch die fast alles Land in Mitteleuropa früher oder später zum Wald werden würde (Abb. 2). Oder man entschloss sich dazu, die Schutzgebiete zu pflegen, so dass sie genau das landschaftliche Bild behielten, das man einst unter Schutz gestellt hatte. Wenn man sich dazu

entschied oder entscheidet, betreibt man eigentlich keinen Naturschutz, sondern pflegt eine Landschaft. Man braucht Argumente dafür, warum man dieses tut. Diese Argumente lassen sich nur dann finden, wenn klar ist, dass man in solchen geschützten Landschaften keine Natur pflegt, sondern einen Zustand, der sich durch die Einwirkung des Menschen in Jahrhunderten oder sogar Jahrtausenden herausgebildet hatte. Das, was man dann bewahrt, ist Kulturlandschaft. Vieles von dem, was man zunächst für Natur gehalten hatte, ist in Wirklichkeit Kulturlandschaft, also unter dem Einfluss des Menschen entstanden. Dies soll im Folgenden kurz dargestellt werden; genauere Ausführungen dazu finden sich in zwei Büchern des Verfassers (Küster 1999, 2003).



Abbildung 2: Bergmischwald bei Finsterau im Bayerischen Wald: Hier, im Nationalpark Bayerischer Wald, hat man einen Wald sich selbst überlassen, so dass er sich dynamisch entwickelt. Damit lässt sich die Wirkung der dynamischen Natur demonstrieren. Das Bild des Waldes verändert sich unaufhörlich (1998).

Die Entstehung der Kulturlandschaft

Fast ganz Mitteleuropa war ursprünglich von Wäldern überzogen; diese Wälder würden sich auch innerhalb von kürzester Zeit wieder ausbreiten, wenn die Menschen das Land verlassen oder ihren Einfluss auf die Landschaft aufgeben würden. In Mitteleuropas Wäldern lebten nur wenige Menschen: Sie ernährten sich durch Jagd und Fischfang, zu bestimmten Jahreszeiten konnten sie auch Pflanzenteile (Früchte, Pilze) sammeln. Viel mehr Menschen konnten satt werden, wenn man Landwirtschaft betrieb. Aus diesem Grund übernahm man die agrarische Wirtschaftsform in vielen Gebieten der Erde; nach Europa kam sie aus dem Westen Asiens. Mitteleuropa erwies sich wegen seines günstigen Klimas und seiner vielerorts fruchtbaren Böden als besonders geeignet für den Ackerbau. In den fruchtbaren Lössgebieten wird schon seit über 7000 Jahren ohne größere Krisen Ackerbau betrieben. Dies ist eine auf der Welt einmalige Situation.

Um Siedlungen und Äcker anlegen zu können, wurde der Wald gerodet. Die ländlichen Siedlungen gründete man im Lauf der Jahrtausende immer wieder an ähnlichen charakteristischen Stellen: nicht zu weit entfernt vom Wasser, aber auch nicht unmittelbar am Bach, etwa am halben Hang der Täler (Abb. 3). Oberhalb der Siedlungen befanden sich die Äcker, unterhalb das Weideland. Das Vieh kam jederzeit ans Wasser, und es konnte von oben her beaufsichtigt werden. Dünger konnte direkt aus den Ställen auf das Grünland geleitet werden, so dass das Gras gut wuchs. Weil die Häuser und Betriebsgebäude typischerweise zwischen Ackerland und Grünland gebaut wurden, spricht man von einer Ökotopengrenzlage der ländlichen Siedlung.

Städte, die es im Norden Deutschlands erst seit etwas mehr als 1000 Jahren gibt, hatten von Anfang an eine völlig andere Lage. Man errichtete sie entweder auf gut zu befestigenden Bergspornen oder direkt am Wasser. Wasser war ein wichtiges Versorgungsgut, und es war auch eine wichtige Entsorgungsbahn. Wasser ließ sich stauen: Durch den Bau eines Wehres lockte man die Fische an, denn dort, wo sich ein künstlicher Wasserfall mit Strudeln bildet, ist das Wasser besonders reich an Sauerstoff. Man kann auch heute noch in vielen Städten das ganze Jahr über Fisch fangen, ein wichtiges Grundnahrungsmittel. Das Wasser wurde auch deswegen gestaut, weil man damit Mühlen antreiben wollte, die ursprünglich das gewerbliche Herz jeder Stadt waren (Abb. 4). Und das Wasser ist auch ein sehr wichtiger Weg, über den eine Stadt mit Gütern versorgt werden konnte, vor allem mit Holz.



Abbildung 3: Ein Dorf bei Schmölln in Thüringen: Sehr gut ist die Ökotopengrenzlage der Siedlung zwischen Ackerland auf der Höhe und Grünland im Tal zu erkennen. Alle Wirtschaftsbereiche können von der Siedlung aus gut erreicht werden (1996).



Abbildung 4: Am Stauwehr siedelte sich städtisches Gewerbe an: Saalewehr in Bad Kösen (1994).

Ländliche Siedlungen bestanden jahrtausendlang ohne Städte. Städte können aber niemals ohne die ländlichen Siedlungen in ihrem Umfeld existieren. Sie müssen von dort mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Als Städte gegründet wurden, war man auf dem Land dazu gezwungen, mehr zu produzieren, damit Abgaben in die Städte gelangen konnten. Damit dies gelang, wurde das Land grundsätzlich umgestaltet. Aus mehreren kleineren Siedlungen wurden große Dörfer. Die kleinen Siedlungen wurden verlassen. Sie fielen wüst. Etliche Wüstungen, die man kennt, sind wohl nicht in Zeiten von Kriegen und Seuchen entstanden, sondern im Verlauf der Umgestaltung des Landes (Abb. 5).



Abbildung 5: Die mittelalterliche Kirche von Hattensen bei Bodenwerder blieb als einziges Gebäude einer kleinen ländlichen Siedlung erhalten, als diese wüst fiel und verlassen wurde (2003).

Das Wort „Dorf“ soll mit dem Wort „treffen“ verwandt sein; es könnte dann den Ort bezeichnen, an dem mehrere ländliche Siedel- und Wirtschaftsgemeinschaften aufeinander „trafen“. Das Land rings um die Dörfer wurde in mehrere Teile geteilt, die Felder oder Gewanne. Jeder Bauer im Dorf hatte Land in jedem Feld; sein Landbesitz dort war der Acker oder das Beet (Abb. 6). Die Äcker waren möglichst lang; dann konnte man in langen Bahnen pflügen, und man musste nicht so häufig das Pfluggespann wenden. Allerdings war jeder Ackerstreifen nur sehr schmal. Beim Pflügen achteten die Bauern darauf, dass der knappe Dünger auf dem eigenen Acker blieb. Die Schollen wurden daher stets nach innen gekippt. Auf diese Weise wölbte sich die Mitte des Beetes allmählich auf; es entstand ein sogenannter Wölbacker. Die einzelnen Wölbacker lagen dicht nebeneinander, es gab keine Wege zwischen ihnen. Wenn

man auf dem einen Acker erntete, war es notwendig, den Erntewagen auf dem bereits abgeernteten Ackerstreifen des Nachbarn abzustellen. Man konnte auf den schmalen Streifen nur dann gut arbeiten, wenn alle Bauern auf jedem Feld die gleiche Kulturpflanze anbauten, zur gleichen Zeit oder kurz nacheinander den Acker bestellten und ernteten. Wohl aus diesem Grund musste ein strikter Flurzwang eingehalten werden, der bindend vorschrieb, welche Kulturpflanze auf welchem Feld zu stehen hatte. Jahr für Jahr wechselte man die Pflanze, die man auf jedem Feld anbaute: In einem Jahr ließ man auf einem Feld Wintergetreide heranreifen, im nächsten Sommergetreide, im dritten Jahr lag das Feld brach. So bildete sich der Fruchtwechsel der Dreifelderwirtschaft heraus.



Abbildung 6: Noch bewirtschaftete schmale Langstreifenfluren, die sich zu Wölbäckern entwickelten (Rußheim nördlich von Karlsruhe, 1991).

Das Land unterhalb der Dörfer wurde zum Wiesenland, in dem man Gras als Winterfutter erntete. Es war sehr wichtig, das Vieh den Winter über im Stall halten zu können. Dort war es vor der Kälte geschützt, und dort produzierte es Dünger, den man auf den Äckern und auf den Wiesen dringend benötigte, um deren Fruchtbarkeit zu bewahren. Im Sommer wurde das Vieh auf das Land außerhalb der eigentlichen Wirtschaftsfläche des Dorfes getrieben. Dieses Land war allgemeiner Besitz, man nannte es Allmende oder Gemeine Mark. In der Gemeinen Mark überwogen zunächst die Wälder. Durch die Abholzung, die namentlich zur Versorgung der Städte und der Gewerbebetriebe (Erzschmelze, Glashütten, Kalköfen, Salzsiederei) notwendig war, und die anschließende Beweidung der Flächen, wegen der kaum ein Baum oder Strauch in die Höhe

kam, bildeten sich an Stelle der ehemaligen Wälder weite Heideflächen heraus. Das Land dort war nicht eingezäunt; das Vieh wurde von einem Hirten gehütet. Mehr und mehr wurde der Raubbau des ganzen Landes zum Problem: Man verbrauchte mehr Holz, als zur gleichen Zeit nachwuchs. In den gemeinen Marken wurde die Vegetationsdecke durch Überweidung zerstört; der sandige Boden wurde vom Wind in Bewegung gesetzt, und es bildeten sich Wanderdünen, die ganze Siedlungen unter sich begruben. Es gab nicht genug Dünger. Die Erträge auf den Feldern und Wiesen schwankten stark oder gingen zurück. Die Bevölkerung wuchs an, vor allem in den Städten, und der Druck auf die Bauern nahm immer weiter zu. Immer öfter drohte eine Hungersnot.

Reform der Kulturlandschaft

An vielen Orten erkannte man bereits am Ende des Mittelalters, dass Verderben drohte, wenn es nicht gelang, die allgemeine Versorgungskrise zu lösen. Die Idee, dass die Menschheit vor Grenzen des Wachstums steht, wurde am Ende des 18. Jahrhundert von Thomas Robert Malthus formuliert. Aus dem 18. Jahrhundert stammt auch die Forderung, dass Wälder nachhaltig bewirtschaftet werden müssten. In der Forstwirtschaft versteht man seitdem darunter das Prinzip, dass jedem Wald nur so viel Holz entnommen werden darf, wie zur gleichen Zeit nachwächst. Wenn man weiterhin Holz nutzen wollte, musste man auch Wälder neu begründen und aufforsten. Dann aber durfte nicht mehr unkontrolliert Holz entnommen werden, und dann durfte auch kein Vieh mehr in den gemeinen Marken getrieben werden.

Die Absicht, das Land und seine Pflanzen zu schützen, war auch ein Antrieb dafür, große Gärten anzulegen. Im formal gestalteten Herrenhäuser Garten in Hannover gelang es, die Blütenpracht hinter Zäunen vor der Zerstörung zu bewahren, von der so gut wie alles Land betroffen war (Abb. 7). Im Landschaftspark – eine der berühmtesten mitteleuropäischen Anlagen ist der Wörlitzer Park bei Dessau – gelang auch die Bewahrung von schöner Landschaft. In diese Landschaft war Ackerland ausdrücklich einbezogen, und der „gute Fürst Franz“ von Anhalt-Dessau hatte tatsächlich die Absicht, ausgehend vom Wörlitzer und anderen Parks das ganze Land zu einem Paradies zu machen, in dem materielle Not und Zerstörung des Landes ein Ende gehabt hätten. Ausgehend von den Landesherren wurden weitreichende Landreformen begonnen. Die Forstbeamten, die man in vielen Ländern einstellte, wurden damit beauftragt, Wälder aufzubauen. Die Dünen wurden bepflanzt, damit der Sand nicht mehr wanderte und Land unter sich begrub. Weite Flussniederungen, zum Beispiel an Oder, Elbe und Havel, wurden trockengelegt und eingedeicht.



Abbildung 7: Der Große Garten in Hannover-Herrenhausen (1998).

Zwischen den größeren Orten entstanden Chausseen. Dabei wurden die Straßenkörper befestigt. Rechts und links der Straßen zog man Gräben, damit das Regen- oder Schmelzwasser rasch abzog und die Straße abtrocknete. Die Gräben verhinderten ferner, dass die Fuhrleute mit ihren Gespannen nach rechts oder links vom Weg abwichen, wenn der Straßenkörper durchnässt und von tiefen, weichen Wagenspuren durchzogen war. Auf diese Weise gelang es, die Straßen in ihrer seitlichen Ausdehnung strikt zu begrenzen; die von Wagenspuren durchzogenen Bereiche waren zuvor bis zu etwa 100 Meter breit gewesen. Nach der Anlage der Chausseen ließ sich die landwirtschaftliche Nutzung in der Nähe der Straßen intensivieren, und auch die Bedingungen für den Verkehr waren verbessert worden. Das seitliche Ausweichen der Gespanne wurde ebenfalls durch die Bäume verhindert, die man seitlich der Straßen pflanzte. So entstanden die Alleen, die für weite Teile Mitteleuropas sehr charakteristisch wurden (Abb. 8). Die Alleeebäume wurden mit Bedacht ausgewählt. In fruchtbaren Gebieten pflanzte man Obstbäume, wählte aber Sorten, deren Früchte erst nach einer langen Nachreife im Keller genießbar wurden: Man wollte nicht, dass die Fuhrleute sich unterwegs „bedienten“. Oder man pflanzte Linden. Sie hatten große Bedeutung für die Imker und damit für die Produktion von Honig, dem einzigen verbreiteten Süßstoff, und Wachs. Linden blühen in einer Jahreszeit, in denen die Bienen kaum noch andere Blüten finden. Wenn es viele Linden ab, sammelten die Bienen länger Honig, und die Ausbeute der Imkerei wurde auf diese Weise größer. In sandigen, unfruchtbaren Gebieten pflanzte man Birken an die Seiten der Alleen, in

feuchten Gebieten setzte man Pappeln, weil diese Bäume den Boden am besten drainierten. Als besonders geeignet erwiesen sich lombardische Pappeln (Gebauer 1943).



Abbildung 8: Linden- und Pappelalleen (im Leinetal) bei Gronau (2003).



Abbildung 9: Koppeln am Ortsberg oberhalb von Langenholzen bei Alfeld/Leine (2003).

Allmählich ging man daran, das gesamte Agrarland neu einzuteilen. Man gab die alten Gewinnfluren auf. Mehrere der schmalen Ackerstreifen wurden aneinander gekoppelt, so dass eine sogenannte Koppel entstand (Abb. 9). Auf einer Koppel konnte großflächiger Ackerbau betrieben werden. Die Brachephase wurde aufgegeben; stattdessen baute man Kartoffeln an oder eine Hülsenfrucht, mit der der Boden verbessert wurde. Auf Weidekoppeln konnte man das Vieh besser halten. Wenn man die Koppel mit einer Hecke oder sogar einer Wallhecke umgab, benötigte man kein Holz zum Bau von Zäunen (Abb. 10). Vielmehr ließ sich das Holz der Hecken sogar nutzen; dort konnten die Bauern Brennholz machen. Das war notwendig, denn die Bauern wurden immer strikter aus den Wäldern fern gehalten, die aufgeforstet werden sollten und daher keine bauerliche Holznutzung mehr vertrugen. Auch das Vieh durfte nicht mehr in die Wälder getrieben werden; auf der Koppel ließ es sich besser halten. Die gemeinen Marken wurden unter den Bauern aufgeteilt. Nach der Markenteilung entstanden weitere Koppeln. Da das Vieh nun hinter Wällen und Hecken stand, musste es nicht mehr gehütet werden; man konnte den Hirten einsparen. Das hatte erhebliche Bedeutung; denn erst nach der Verkoppelung und der Abschaffung der Hirtendienste gelang es, die allgemeine Schulpflicht überall durchzusetzen.



Abbildung 10: Wallhecke bei Aurich (1999).

Die „Gute alte Zeit“

Unter großen Anstrengungen setzten alle diese Reformen im 18. Jahrhundert ein. Bis sie aber überall griffen, vergingen viele Jahrzehnte; mancherorts dauerte es bis zum 20. Jahrhundert, bis das Land insgesamt neu gestaltet war und bessere Erträge abwarf. Großen Auftrieb bekamen die Landreformen erst, als die Bauern befreit worden waren, etwa durch die Stein-Hardenbergschen Reformen vom Anfang des 19. Jahrhunderts, und als ab der Mitte des 19. Jahrhunderts das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen aufgebaut wurde. Über die Genossenschaften konnten die Bauern sich Kapital zum Ausbau ihres Landes und zum Neubau ihrer Betriebsgebäude beschaffen. Eine besonders wichtige Voraussetzung für die Landreform war aber die fortschreitende Industrialisierung, die einen ungekannten Aufschwung auslöste. Mit der Dampfmaschine kam man an tief im Boden liegende Kohleflöze heran; man konnte massenhaft Kohle fördern und hatte damit eine Alternative zum Brennstoff Holz. Die Wälder konnten schneller wachsen, als Kohle zur Verfügung stand. Mit Hilfe der Dampfmaschine konnte man auch Kalidünger in Massen abbauen. Durch den Einsatz von Mineraldünger stiegen die Erträge auf den Feldern ganz erheblich an. Mit der dampfbetriebenen Eisenbahn kamen Kohle und Dünger überallhin. Man konnte mehr landwirtschaftliche Produkte erzeugen und dennoch Landflächen aufgeben, auf denen sich Ackerbau oder Viehhaltung nicht recht lohnte. Dort wurde aufgeforstet; bis heute sind unter vielen Wäldern die Spuren von früheren Wölbäckern, Koppeln, Wallhecken und Entwässerungsgräben deutlich zu erkennen.

Die Eisenbahn machte auch den massenhaften Transport landwirtschaftlicher Güter vom Land in die rasch wachsenden Städte möglich. Hätte man nicht einige Jahrzehnte vor dem Einsetzen der Industrialisierung den Kartoffelanbau eingeführt gehabt, wäre es kaum möglich gewesen, das Industrieproletariat mit Nahrung zu versorgen. Die Bauern weiteten Spezialkulturen aus, pflanzten Obstbäume, vergrößerten Weinberge und begründeten neue Hopfenkulturen, bauten mehr Zuckerrüben an. Das Molkereiwesen wurde installiert; von etwa 1880 an wurde die landesweite Butterversorgung sichergestellt. Alle landwirtschaftlichen Produkte kamen schnell und in großen Mengen vom Land in die Stadt. Gesammelt wurden sie an den Bahnhöfen; große Lagerhäuser und Silos wurden dafür gebaut. In ihnen lagerte man auch den Dünger.

Die Landwirte kamen zu Geld. Sie vergrößerten ihre landwirtschaftlichen Betriebe, bauten neue Ställe und Bauernhäuser. Sie wurden derart prunkvoll verziert, dass man sie mancherorts „Rübenburgen“ nennt. Zum Bau standen billig produzierte und massenhaft transportierte Industrieziegel zur Verfügung. Auch sie kamen per Eisenbahn überallhin. In vielen Dörfern wurden neue Kirchen gebaut, Schulen, Rathäuser, Kolonialwarenläden, in denen es all das zu kaufen gab, was man nicht selbst produzierte. Es setzte die Elektrifizierung des Landes

ein, man baute Transformatorenhäuser und Feuerwehrrhäuser mit den charakteristischen Türmen, in denen die Schläuche aufgehängt und getrocknet werden.

Auf dem Land ging es nach jahrhundertelanger Not endlich aufwärts. Man könnte diese Epoche als die „Gute alte Zeit“ auf dem Land bezeichnen. Angeschoben wurde sie unter anderem durch ein Infrastrukturprogramm: Gleich nach der Reichsgründung von 1871 wurden wichtige Eisenbahnlinien gebaut, die Stadt und Land miteinander verbanden, unter anderem die Hamburg-Venloer Bahn mit den Elbbrücken in Hamburg, die Bahnen von Stendal nach Bremen und von Magdeburg nach Braunschweig. Viele Menschen mögen daher den Aufschwung mit der Gründung des Zweiten Deutschen Kaiserreiches in Verbindung gebracht haben.

Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft wurde auch in den folgenden Jahrzehnten stark gefördert. Man strebte die Autarkie des Landes an. Die Pflanzen- und Tierproduktion wurde daher weiter intensiviert. Frühere Koppeln wurden durch Flurbereinigungen zu noch größeren Feldern zusammengelegt, vor allem unter dem Einfluss der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR (Abb. 11). Mit neuen Sorten, verbesserter Landtechnik, Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln konnte vor allem in der Bundesrepublik Deutschland eine Selbstversorgung mit vielen Agrargütern erreicht werden.



Abbildung 11: Nach der Kollektivierung entstandenes Feld bei Aschersleben (1980).

Doch als dieses Ziel erreicht war, war es schon nicht mehr wichtig. Heute muss sich die Landwirtschaft mehr und mehr dem Weltmarkt öffnen. Die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse liegen erheblich unter denjenigen der nationalen Märkte in entwickelten Industrieländern mit ihren hohen Preisniveaus. Um zu Weltmarktpreisen produzieren zu können, weiten die Landwirte ihre Flächen noch immer weiter aus. Profitabel lässt sich Landwirtschaft inzwischen in vielen Regionen der neuen Bundesländer betreiben. Aber nicht mehr große Kollektive von LPG-Mitgliedern bearbeiten die Flächen, sondern wenige private Landwirte. In ländlichen Regionen hat dabei die Anzahl der Arbeitsplätze ganz erheblich abgenommen; in den alten Bundesländern ist diese Entwicklung übrigens auch zu erkennen, wenn sie auch nicht derart dramatisch, das heißt: in derart kurzer Zeit, abläuft wie in den neuen Ländern. Als Folge davon tritt Landflucht ein; die Einwohnerzahl auf dem Land nimmt erheblich ab, und es lohnt sich nicht mehr, die seit dem 19. Jahrhundert aufgebaute Infrastruktur weiter zu unterhalten: Kleine Gemeinden werden zu großen zusammengelegt, Schulen werden geschlossen, Läden verschwinden, Eisenbahnlinien werden stillgelegt (Abb. 12).



Abbildung 12: Überrest aus der „Guten alten Zeit“: Bahnhof von Wiedensahl an der ehemaligen Bahnlinie von Stadthagen nach Leese-Stolzenau (2002).

Eine weitere Tendenz, die sich erkennen lässt und für unser Thema von Bedeutung ist, ist der Rückzug der Landwirtschaft aus ungünstigen Gebieten. In den Mittelgebirgen und in den weniger fruchtbaren Gegenden lohnt sich die Landwirtschaft nicht mehr; die Kulturlandschaft, die sich dort herausgebildet hatte, wird allmählich verlassen. Diese Entwicklung verläuft nicht abrupt, weil alte

Bauern ihr Land noch weiter bewirtschaften, aber es ist abzusehen, dass viele ihrer Nachfolger im Harz, in der Lüneburger Heide oder im Wendland die Landwirtschaft nicht mehr weiterführen werden.

Die Bewahrung von Landschaft

Ein Abriss der Agrargeschichte wurde hier deswegen gegeben, weil die Spuren der sich wandelnden Landnutzung sich an vielen Orten im Land erhielten. Überall besteht dort eine Kulturlandschaft, nicht nur im Bereich der Äcker, Wiesen und Viehweiden, sondern auch im Wald; denn die meisten Wälder bestehen nicht von Natur aus, sondern wurden aufgeforstet. In dieser Landschaft haben Elemente historischer Kulturlandschaften ihren festen Platz. Sie haben heute keine Bedeutung mehr für die Landnutzung: die Reste von Wölbackern, Wälle und Hecken, mit denen Koppeln abgeteilt worden waren, Mühlkanäle und Entwässerungsgräben, ehemalige Deiche, Bahndämme, Mauern von früheren Weinbergen. Aber sie sind weiterhin Wuchsorte seltener Pflanzen, und sie prägen weiterhin das Bild der Landschaft und die ökologischen Bedingungen der Standorte von Tieren und Pflanzen in ihrer Umgebung.

Also können sie einen Wert darstellen. Dieser Wert besteht allerdings erst dann, wenn Menschen ihn feststellen und es ihnen klar wird, dass gerade diese Elemente der Landschaft oder Kulturlandschaft zu deren Identität in besonderem Maße beitragen. Die Bedeutung vieler dieser Elemente ergibt sich nicht von selbst. Es ist wichtig, dass die Geschichten zu den Elementen der historischen Kulturlandschaft erzählt werden (siehe z.B. Küster und Volz 2005), und man braucht ein Lexikon, um die Bedeutung einzelner Elemente erklärt zu bekommen (Wiegand 2005). Auf der Grundlage der Geschichten, die Alteingesessene neu Hinzuziehenden erzählen oder die Alten den Jungen, kann dann entschieden werden, welche Elemente besonders zu pflegen sind, damit der Charakter der Landschaft erhalten bleibt. In den Niederlanden gibt es Bürgergruppen, die sich an einem runden Tisch über diese Fragen unterhalten und daraufhin Beschlüsse über die Landschaft fassen (Küster 2005). Über die Elemente, die das jeweils Spezifische einer Landschaft ausmachen, lohnt sich das Nachdenken. Denn ohne das Eintreten für die Identität von Landschaften droht deren Nivellierung: Intensiv genutztes Agrarland kann überall auf der Welt gleich aussehen. Und die Wälder, die sich dort entwickeln, wo die Landwirtschaft aufgegeben wird, gleichen einander ebenfalls weithin. Der besondere Charakter einer Landschaft wird dagegen oft durch eine Hecke, eine Baumgruppe, eine Heidefläche, aber auch die Überreste eines Bergwerkes, ein Mühlwehr oder einen früheren Bahndamm bestimmt. In die Entscheidung darüber, ob diese Elemente erhalten bleiben, geht auch die Frage ein, ob man die besondere Lebenswelt dieser Orte erhalten möchte, ihre Biodiversität.

Ohnehin sollte klar sein: Diese Elemente sind zwar durch Kultur entstanden, aber Natur entwickelt sich auf ihnen oder in ihrer Nähe. Schützenswert können sowohl die Eigenheiten der Kultur wie die der Natur sein. Dabei ist es unerheblich, ob man vor allem für einen Schutz von Aspekten der Kultur oder der Natur eintritt. Es geht um den Schutz der Landschaft, ob sie primär Kulturlandschaft oder Naturlandschaft ist, spielt dann kaum noch eine Rolle; alles ist Landschaft, über deren Bewahrung bzw. künftiges Aussehen sich das Gespräch lohnt.

Wenn man sich dafür entscheidet, dass eine Baumgruppe oder eine Hecke erhalten bleiben soll, muss man auch darüber nachdenken, wie dies zu geschehen hat. Es könnte eine Initiativgruppe von Bürgern sich dazu entschließen, die Pflege selbst zu übernehmen. Oder man beauftragt die Landwirte mit der Pflege der Landschaft; dazu ist es aber erforderlich, Finanzmittel aufzutreiben, mit denen man die Bauern für ihre Arbeit entlohnt. Gerade in Regionen, in denen sich die Landwirtschaft heute kaum noch lohnt, könnte die Pflege der Landschaft eine willkommene zusätzliche Aufgabe für Landwirte sein, die ihnen zusätzliches Einkommen bringt. Derartige Modelle gibt es bereits im Vertragsnaturschutz. Doch ist es vielen Landwirten leichter zu vermitteln, die Landschaftspflege bei ihnen zu bestellen als Naturschutzarbeit; Landwirte wissen, dass die Hecken und Gebüschgruppen, Heideflächen usw. keine „Natur“ im eigentlichen Sinne sind.

Den Landwirten und allen Bürgern kann dann, wenn die Pflege von Landschaft das Ziel ist, klar sein, dass sie alle gemeinsam zu entscheiden haben, welche Landschaft sie haben wollen. Über das Aussehen von „Natur“ kann dagegen viel schlechter beraten werden; es kann sich bei der Beratung über die „Wahl der richtigen Natur“ eine absolute Meinung durchsetzen, die unumstößlich zu sein scheint. Dagegen wird in der Frage der Gestaltung und Bewahrung von Landschaft bzw. Kulturlandschaft immer eine ganze Gruppe von Menschen einbezogen. Diese Menschen merken, dass sich über die Frage der Bewahrung von Landschaft das Gespräch lohnt. Damit ist die Frage, welche Landschaft für die Zukunft bewahrt bleiben soll, letztlich nicht nur eine Frage der Bewahrung von historischen Zeugnissen, sondern vielmehr ein Ansporn zur Kommunikation, zur Gewinnung von Interesse bei den Menschen, die Landschaft betrachten und über ihre Zukunft nachdenken wollen. Das Nachdenken über Kulturlandschaft bekommt dadurch eine besonders große Bedeutung. Es geht dabei nicht um ein akademisches Thema, sondern um eine Frage, die jeden angeht: Wie soll die Landschaft aussehen, in der wir in Zukunft leben wollen?

Literatur

Gebauer, Johannes Hinrich (1943): Aus der Frühgeschichte der Hildesheimer Chausseen. Archiv für Landes- und Volkskunde von Niedersachsen 18, 1943, 406-415.

Küster, Hansjörg (1999): Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa. Von der Eiszeit bis zur Gegenwart. 3. Auflage, München 1999.

Küster, Hansjörg (2003): Geschichte des Waldes. Von der Urzeit bis zur Gegenwart. 2. Auflage, München 2003.

Küster, Hansjörg (2005): Nachdenken über Identität von Landschaft: eine Initiative aus den Niederlanden. Neues Archiv für Niedersachsen 1/2005, 53-60.

Küster, Hansjörg, und Wolfgang Volz (2005): Natur wird Landschaft: Niedersachsen. Springe 2005.

Wiegand, Christian (2005) in Verbindung mit der Arbeitsgruppe Kulturlandschaft des Niedersächsischen Heimatbundes: Spurensuche in Niedersachsen. Historische Kulturlandschaftsteile entdecken. 2. Auflage, Hannover 2005.

Alle Fotos vom Verfasser.

II. Vorträge in den Arbeitsgruppen

Regionalentwicklung in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt – Wie lässt sich der regionale Strukturwandel politisch gestalten?

Regionen sehen sich einem permanenten wirtschaftlichen Strukturwandel ausgesetzt. Dies betrifft natürlich in besonderem Maße die ostdeutschen Regionen, die seit Anfang der 90er Jahre gewaltige Strukturbrüche zu verkraften hatten. Aber auch westdeutsche Regionen erleben – teils unter großer öffentlicher Anteilnahme wie bei der Verlagerung industrieller Produktionsstandorte, teils unbemerkt – einen kontinuierlichen Wandel ihrer Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur. So sind beispielsweise allein in der Region Hannover zwischen 1998 und 2003 6.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Bauindustrie, 4.500 im Einzelhandel und jeweils 1.500 im Maschinenbau, im Ernährungsgewerbe und in der Druckindustrie verloren gegangen. Im gleichen Zeitraum sind allerdings 9.000 neue Arbeitsplätze bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen, 5.500 in der Gesundheitsbranche und fast 4.000 bei den IT-Dienstleistungen (trotz Branchenkrise zur Jahrtausendwende) entstanden. Gewaltige Umbrüche also, die nicht nur die betroffenen Beschäftigten vor Herausforderungen stellen, sondern auch die politisch Verantwortlichen in den Regionen. Was können sie tun, um den permanenten wirtschaftlichen Strukturwandel zu begleiten, negative Folgen abzumildern und positive Entwicklungen zu unterstützen?

In den letzten Jahren ist es einzelnen Regionen in sehr unterschiedlichem Umfang gelungen, sich wirtschaftlich positiv zu entwickeln. Erfolgreich waren vor allem diejenigen Regionen, die eigene Stärken ausbauen und sich als Standorte für Wachstumsbranchen und wissensintensive Wirtschaftszweige profilieren konnten. Dies sind keinesfalls nur Großstadtreionen, sondern auch einzelne ländliche Regionen haben unter Nutzung ihrer traditionellen Stärken und gewachsenen Kompetenzen erhebliche Wachstumsraten erreicht. Das starke Gefälle zwischen wirtschaftlich erfolgreichen und weniger erfolgreichen Regionen drückt sich nicht zuletzt auch in der Bevölkerungsentwicklung aus, die insbesondere in Sachsen-Anhalt, aber auch in weiten Teilen Südniedersachsens, durch Abwanderung geprägt ist. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass einzelne Regionen über sehr unterschiedliche Ressourcen im Wettbewerb der Regionen verfügen. So sind wichtige Hochschul- und Forschungsstandorte natürlich mit erhebliche besseren Voraussetzungen für die Wissensgesellschaft ausgestattet.

Die Veränderung der EU-Förderlandschaft nach 2006 wird das Gefälle zwischen den Regionen eher noch vergrößern. Denn der bisherige Schwerpunkt der Förderziele, der Ausgleich zwischen starken und schwachen Regionen, verliert

erheblich an Bedeutung zugunsten einer Förderung von wirtschaftlichen Stärken und Innovationszentren. Dadurch erhalten auch wirtschaftlich starke Großstadtreionen in Westdeutschland wie z. B. Hamburg erheblich bessere Chancen für den Zugang zu Fördermitteln, die für innovationsorientierte Projekte bereitgestellt werden. Diese neue Schwerpunktsetzung wird in der kommenden Förderperiode Ostdeutschland noch nicht mit ganzer Härte treffen, wohl aber die bisherigen Ziel 2-Regionen in Westdeutschland, die sich im Wettbewerb behaupten müssen.

Vor dem Hintergrund des stärkeren Wettbewerbs zwischen den Regionen und sinkender Mittel zum Strukturausgleich sind die Regionen stärker als in der Vergangenheit gefordert, ihre eigenen Potenziale auszuschöpfen und vorhandene Ressourcen möglichst effizient zu nutzen. Dies führt in vielen europäischen Regionen zu einer Neuaufstellung (Frankreich) und erheblichen Stärkung (Großbritannien, Spanien) regionaler Strukturen. Auch die deutschen Regionen sind gefordert, ihre Kräfte zu bündeln und sich auf eigene Entwicklungsstrategien zu fokussieren. Im folgenden werden exemplarisch zentrale wirtschaftspolitische Handlungsansätze für die Regionen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt aufgezeigt, die einer erfolgreichen Positionierung dienen können.

1. Schaffung handlungsfähiger Strukturen in den Regionen

Handlungsfähige regionale Strukturen sollten so zugeschnitten sein, dass sie über ausreichende Ressourcen für eine professionelle und effiziente Bearbeitung regionaler Themen verfügen. Viele Landkreise in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sind damit auf Grund ihrer geringen Größe allein überfordert. In Niedersachsen sind die Landkreise mit weniger als 100.000 Einwohnern zugleich die wirtschaftlich strukturschwächsten Regionen des Landes. Es existiert eine Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher Strukturschwäche und Schwäche der öffentlichen Strukturen. Und angesichts sinkender Bevölkerungszahlen in den strukturschwachen Regionen wird sich dieser Trend eindeutig verstärken. Es stellt sich die Frage, was derartige Landkreise für Ressourcen und professionellem Know-how in der Wirtschaftsförderung aufbringen können, um diesen Trend zu verändern.

In Sachsen-Anhalt ist vor dem Hintergrund der noch dramatischeren Situation der Landkreise bereits eine umfassende Fusionsdebatte entbrannt. Auf Grund der politischen Hindernisse einer solchen umfassenden Gebietsreform könnte das Vorhaben auf halber Strecke steckenbleiben. Sinnvoll wäre sicherlich die Schaffung von vier oder fünf großen und schlagkräftigen Landkreisen bzw. Regionen, die auch bei anhaltendem Bevölkerungsverlust noch zukunftsfähig sind.

Eine Alternative zu einer Gebietsreform stellt die Bildung von Wirtschaftsregionen auf freiwilliger Basis durch Kooperationen verschiedener Kommunen dar. In Niedersachsen sind insbesondere die Wachstumskooperationen und –konzepte, die durch das Wirtschaftsministerium gefördert werden, ein Motor für diese Entwicklung. Als Landkreis-übergreifende Zusammenschlüsse von Wirtschaftsregionen haben sich mittlerweile u. a. die Region Braunschweig, das Weserbergland, die Region Süderelbe (südliches Hamburger Umland und Hamburger Bezirk Harburg), Südniedersachsen, der Jade-Weser-Raum (rund um Wilhelmshaven) und die Untere Ems (Emden, Leer, Emsland, Bentheim) mit sehr unterschiedlichen Modellen zu Kooperationen zusammengefunden. Bereits zuvor wurde in Niedersachsen durch die Bildung der Region Hannover ein bundesweit beachtetes neues Organisationsmodell für Großstadregionen entwickelt.

2. Definition von Potenzialen und Entwicklungsschwerpunkten

Eine auf den vorhandenen regionalen Schwerpunkten und Kompetenzen aufbauende Entwicklungsstrategie ist gegenüber anderen Ansätzen deutlich überlegen. Vor diesem Hintergrund hat der Cluster-Ansatz, der auf einer Weiterentwicklung wettbewerbsfähiger Wertschöpfungszusammenhänge und Branchenschwerpunkte basiert, mittlerweile Eingang in den Sprachgebrauch der meisten Wirtschaftsförderer gefunden. Wichtig ist jedoch vor allem eine fundierte Bestandsaufnahme von Branchenschwerpunkten und Clusterpotenzialen (nicht jede Nachbarschaft zweier Betriebe der gleichen Branche ist ein Cluster) und eine systematische Bearbeitung dieser Potenzialen in Kooperation mit den Betrieben. Das Ziel einer intelligenten Clusterpolitik ist nicht etwa die Konzentration einer Region auf eine Branche, sondern die Weiterentwicklung besonders wichtiger und entwicklungsfähiger Branchenschwerpunkte, die die Region zu einem bevorzugten Standort für Unternehmen dieser Branche machen und das Image der Region positiv prägen.

Niedersachsen und Sachsen-Anhalt verfügen in einigen Feldern über erhebliche Potenziale für eine Clusterentwicklung. Dies sind z. B. die Automobilindustrie, die im Raum Hannover/Braunschweig ihren Schwerpunkt hat (vgl. Abbildung 1) und der Tourismus mit den Schwerpunkten Nordseeküste und Harz (vgl. Abbildung 2).



Abbildung 1: Beschäftigte bei Zulieferern der Automobilindustrie in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (Quelle: NORD/LB)



Abbildung 2: Gäste und Übernachtungen im Tourismusgewerbe in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (Quelle: NORD/LB)

Daneben bilden u. a. die maritime Wirtschaft (niedersächsische Küste), die Nahrungsmittelverarbeitung (westliches Niedersachsen und Sachsen-Anhalt), die chemische Industrie (Raum Halle/Bitterfeld), die Holzverarbeitung (Alt-

mark), der Landmaschinenbau (westliches Niedersachsen) und der Luftfahrzeugbau (nördliches Niedersachsen) wichtige Branchenschwerpunkte, die überregionale Bedeutung haben und für regionale Identität sorgen.

3. Entwicklung von Strategien und Projekten

Eine wirtschaftspolitische Entwicklungsstrategie für einzelne Regionen sollte die eigenen Stärken nutzen und selbstbewusst inszenieren. Dabei muss eine Inszenierungsstrategie jedoch im Verhältnis zur Qualität des Produkts stehen und glaubwürdig sein. Insbesondere die niedersächsische Tourismuswirtschaft hat hier in den nächsten Jahren noch einiges vor sich. Gleichzeitig sollte ein selbstbewusstes Standortmarketing auch überregional bekannte Alleinstellungsmerkmale und Leuchttürme (z. B. Bauhaus Dessau) sowie weiche Standortfaktoren aufgreifen. Auf der Basis einer Entwicklungsstrategie und von Leitbildern sollten sich die regionalen Akteure auf eine übersichtliche Zahl von Projekten verständigen, die für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in der Region zentrale Bedeutung haben.

Bei der Entwicklung von Cluster-Strategien sollte es vor allem darum gehen, die Innovationsfähigkeit der Betriebe und das spezifische Know-how der Regionen auszubauen und damit die Fähigkeit dieser Branchen zu verbessern, sich im Strukturwandel zu behaupten. Dazu können Netzwerke zwischen Betrieben, Hochschulen, Dienstleistern, Forschungs- und Qualifizierungseinrichtungen spürbar beitragen. Einigen Regionen ist es auch gelungen, das Spektrum unternehmerorientierter Dienstleistungen im Umfeld industrieller Betriebe auszubauen und damit einen Beitrag zur Entstehung überdurchschnittlich qualifizierter Arbeitsplätze, die junge gut ausgebildete Menschen in der Region halten, zu leisten.

Neben einer Konzentration auf Entwicklungsschwerpunkte ist natürlich auch eine Pflege der regionalen Produktionsfaktoren, insbesondere des Qualifikationsniveaus und der Innovationsfähigkeit, erforderlich. Die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Fachkräfte wird in den kommenden Jahren immer mehr zu einem Engpassfaktor und damit zu einem zentralen Standortfaktor werden. Gleichzeitig ist die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die den ganz überwiegenden Teil der Beschäftigung stellen, eine Schlüsselgröße für die Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen. Bislang gelingt es in verschiedenen Regionen Deutschlands mit sehr unterschiedlichem Erfolg, Innovationsnetzwerke unter Einbeziehung von KMU und Hochschulen zu installieren und den Betrieben damit einen Zugang zu Wissen und neuen Technologien zu ermöglichen. Gute Beispiele zeigen, dass regionale Innovationsaktivitäten die Wettbewerbsfähigkeit von KMU erheblich verbessern und damit für ein Beschäftigungswachstum sorgen können.

4. Mobilisierung von Ressourcen

Eine Schwerpunktsetzung der regionalen Wirtschaftspolitik ist nicht nur aus Gründen der Kommunizierbarkeit und der organisatorischen Ressourcen geboten, sondern auch zur Bündelung von finanziellen Ressourcen. So können zum Teil bei eindeutiger Schwerpunktsetzung trotz knapper öffentlicher Kassen in erheblichem Umfang kommunale Mittel bereitgestellt werden. Landeshauptstadt und Region Hannover haben ihre neue Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft „hannoverimpuls“ für zehn Jahre mit insgesamt 40 Mio. Euro ausgestattet. So viel wurde in der Region noch nie in die Wirtschaftsförderung investiert. Auch wenn diese Summen nicht auf andere Regionen übertragbar sind, so sollte dennoch beachtet werden, dass sich erfolgreiche regionale Strukturpolitik nicht zum Nulltarif bewerkstelligen lässt. Am Ende werden vor allem diejenigen Regionen den Strukturwandel erfolgreich meistern, die das notwendige professionelle Know-how und die entsprechenden Ressourcen mobilisieren können.

Angesichts der knappen öffentlichen Kassen gibt es zahlreiche Versuche, die Privatwirtschaft über Public Private Partnership (PPP) finanziell in Aktivitäten der Wirtschaftsförderung einzubeziehen. Diese Versuche sind zumeist mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden, da das Interesse vieler Unternehmen an Sponsoring-Aktivitäten zur Zeit eher gering ist. Erfolge werden hier zumeist nur im Bereich des Stadt- und Regionalmarketings erzielt, wo sich Unternehmen durch ein besseres Image des Standorts unmittelbar positive Effekte für das eigene Unternehmen versprechen. Es gibt allerdings auch andere Felder, in denen Unternehmen die wirtschaftliche Entwicklung der Region flankieren können. So versorgen z. B. im Raum Göttingen regionale Kreditinstitute, Universität und lokale Betriebe junge Existenzgründer über einen regionalen Beteiligungsfonds mit Kapital.

5. Einbettung in eine regionale Entwicklungsstrategie

Eine ökonomische Entwicklungsstrategie für einzelne Regionen ist nicht ohne Gesamtstrategie für die Regionalentwicklung zu denken. Harte Standortfaktoren wie eine gute öffentliche Infrastruktur und Verkehrsanbindung oder innovative Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind entscheidende Voraussetzungen für ökonomischen Erfolg. Auch weiche Standortfaktoren wie Lebensqualität, kulturelles Angebot, Familienfreundlichkeit, intakte Umwelt und Image sind insbesondere für hochqualifizierte Fachkräfte und für wissensintensive Unternehmen entscheidende Faktoren für Ansiedlungs- und Wohnortentscheidungen. Sie werden in der Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Mithin werden sich diejenigen Regionen in der Wissensgesellschaft besonders erfolgreich positionieren, die über kreative Milieus und intakte soziale Strukturen sowie über ein erkennbares Profil verfügen. Und diese Voraussetzungen lassen sich nur durch eine ressortübergreifende Entwicklungsstrategie schaffen.

Schattenseiten erfolgreicher Regionen – Das Beispiel Oldenburger Münsterland

Im folgenden sind die in der Arbeitsgruppe vorgestellten Thesen aufgeführt und teilweise näher erläutert.

These 1: Durch den wirtschaftlichen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes beginnt sich einer der Erfolgsfaktoren, nämlich das relativ enge, ländlich-katholische und patriarchalische soziale Milieu mit gegenseitiger Verantwortung aufzulösen.

Das Oldenburger Münsterland ist in seiner Wirtschaftsstruktur durch Unternehmensgründungen aus der Region heraus und eine starke Verwurzelung charakterisiert (gewesen) und nicht etwa durch Gründungen von externen Unternehmen, die dort „nur“ eine „verlängerte Werkbank“ aufbauen, wie dies andernorts vielfach üblich ist. So arbeiten dort 87,9% der Beschäftigten in Betrieben, die zu Unternehmen desselben Kreises gehören.¹ Zum Vergleich: Im Land Niedersachsen sind es nur 82,7%. Die Unternehmensstruktur zeichnet sich außerdem dadurch aus, daß auch für geringqualifizierte Menschen Arbeitsplätze vorhanden sind. Damit einher geht – begünstigt durch das enge ländliche Milieu – ein System, das man als patriarchalisch beschreiben kann. Unternehmenschef bzw. oft auch Juniorchef leben in der Region, in der sich ihr Unternehmen befindet und sind vielfach in dieselben örtlichen Netzwerke, die meist in enger Verbindung mit der katholischen Kirche stehen, eingebunden wie ihr Personal. Anders ausgedrückt: Chef und Arbeiter singen vielleicht zusammen im Kirchenchor und die Kinder besuchen dieselbe Schule. Sogar von Krediten vom Arbeitgeber für den Bau des eigenen Hauses war zu hören. Daß ein Arbeiter so sehr eng an das Unternehmen gebunden wird und ein Unternehmer eine noch größere Verantwortung für die Menschen in der Region hat, ist nur logisch. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß in wirtschaftlich schlechteren Zeiten aufgrund der Einbindung in dieselben Netzwerke vor Entlassungen, sofern es nur irgendwie möglich ist, zurückgeschreckt wird.

Es mehren sich allerdings die Anzeichen dafür, daß dieses System, das größtenteils zum Vorteil aller Betroffenen funktioniert hat, in der Auflösung begriffen ist. Die Ursachen hierfür sind paradoxerweise im Erfolg der Unternehmen, insbesondere denjenigen der Fleischindustrie, zu sehen. Diese spielen mittler-

¹ Aktuelle Auswertung des Unternehmensregisters des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik (Stand August 2005).

weile auf den internationalen Märkten mit, die offenbar eine Expansion im Sinne des Fressen-oder-Gefressenwerdens notwendig machen. So haben einzelne Unternehmen der Fleischindustrie bereits Betriebe in Ostdeutschland und Osteuropa aufgekauft und sind in einem immer weiter zusammenwachsenden Europa daher nicht mehr in gleichem Maße auf ihren Stammsitz bzw. dessen Prosperität fixiert wie früher, weil es ja im Zweifel ausbaufähige Alternativen Ausland gibt.² Zugleich sind diese Unternehmen nun in der Lage ihre Arbeitnehmer unter Druck zu setzen – vor allem was die Beschäftigung und Löhne in den Stammwerken angeht – oder sie gleich durch zumeist ungelernste osteuropäische Billiglohnarbeiter zu ersetzen.³ Bei der Norddeutschen Fleischzentrale (NFZ) in Emstek beispielsweise sind nur noch 50% der Mitarbeiter aus der Region.⁴ Außerdem wird in der NFZ Emstek gerade die Auslagerung der Schlachtung vorbereitet.⁵

Ein solches Vorgehen ist auch deshalb möglich, weil es hinsichtlich Entlohnung und sozialer Behandlung in der Branche keine Mindeststandards gibt, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer niedrig ist und es infolgedessen kaum Betriebsräte gibt.⁶ Die existenten Betriebsräte werden zudem in ihrer Arbeit vielfach extrem behindert oder „ausgehebelt“. So wandeln sich z.B. große Aktiengesellschaften in mehrere kleinere GmbHs um und beschäftigen Lohnschlächter als Subunternehmer, um die Existenz von Betriebsräten zu umgehen und die Führungsgremien arbeitervertreterfrei zu machen. Dies legt auch die Betrachtung der Beschäftigten-, Umsatz- und Produktionszahlen nahe.⁷ Die Beschäftigtenzahlen im Bereich Schlachten und Fleischverarbeitung sind beispielsweise von 2003 auf 2004 um 3,0% gesunken. Im gleichen Zeitraum sind die Umsätze in derselben Branche um 6,4% und die Produktion von diversem Fleisch und Nebenerzeugnissen je nach Tierart zwischen 0,7% und

² Beispielsweise kaufte die PHW-Gruppe mit Wiesenhof als bekanntester Marke in Polen ganz oder teilweise 2001 Drobimex und 2004 Bomadek auf. Quelle (Stand: 25.08.2005): <http://www.phw-gruppe.de>.

³ Vgl. Europäische Föderation der Gewerkschaften des Lebens-, Genußmittel-, Landwirtschafts- und Tourismussektors und verwandter Branchen; http://www.effat.org/1/1_1/1_1_DE.htm (Stand 26.08.2005).

⁴ Vgl. Lorscheid, Helmut, Billiglohn im Schlachtgewerbe, 11.03.2005, auf: <http://www.telepolis.de/r4/artikel/19/19629/1.html> (Stand 25.08.2005).

⁵ Vgl. Meldung der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e.V., NFZ will Schlachtung auch in Emstek auslagern, 31.08.2005, Quelle: <http://www.schweine.net> (Stand: 31.08.2005).

⁶ Vgl. Lorscheid, Helmut, Billiglohn im Schlachtgewerbe, 11.03.2005, auf: <http://www.telepolis.de/r4/artikel/19/19629/1.html> (Stand 25.08.2005).

⁷ Vgl. Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Statistischer Bericht E I1-J/2004, Hannover 2005, S. 13, 34; vgl. Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Statistischer Bericht E15-J/2003, Hannover 2004, S. 8, 9; vgl. Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Statistischer Bericht E15-J/2004, Hannover 2005, S. 8, 9.

14% und die Produktion von verarbeitetem Fleisch (z.B. Schinken) um 11,3% gestiegen. Größere Automatisierungs- und Mechanisierungsfortschritte haben in jüngster Zeit nicht stattgefunden, so daß also grundsätzlich von einem unveränderten Arbeitskräftebedarf auszugehen ist. Trotzdem sollen in den letzten vier Jahren allein in der Region zwischen Oldenburg und Bielefeld 6.000 Arbeitsplätze in der Fleischindustrie verloren gegangen sein.⁸

Das genannte Outsourcing mit Subunternehmern hat verschiedene Varianten. Eine weit verbreitete ist die, nach der (angebliche) ausländische Werkvertragsunternehmen Verträge mit deutschen Unternehmen schließen und Kontingente von Arbeitnehmern für bestimmte Zeit nach Deutschland entsenden, die dort für Stundenlöhne von 2 EUR bis 5 EUR arbeiten und zumeist unwürdige Lebensbedingungen in Sammelunterkünften vorfinden. Für ein legales Vorgehen muß es sich bei dem ausländischen Werkvertragsunternehmen um ein Fleischverarbeitungsunternehmen handeln. Häufig handelt es sich dabei jedoch lediglich um ein Anwerbebüro – vielfach eng mit den deutschen Kunden-Unternehmen verflochten. Bei großen Unternehmen der Branche wie Gausepohl und D & S Fleisch haben – unterstützt durch die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) – die Staatsanwaltschaft Oldenburg, die Finanzbehörden, die Arbeitsämter, Polizei und Zoll u.a. wegen illegaler Beschäftigung, Sozialmißbrauch, gewerbsmäßiger Schleusung, Lohn-, Sozialbeitrags- und Steuerbetrugs ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und Großrazzien durchgeführt. Derartige Tatbestände, die sonst v.a. aus dem Bereich der organisierten Kriminalität bekannt sind, sollen auch in bisher nicht so gründlich untersuchten Unternehmen der Fleischbranche gegeben sein.⁹

Daß importierte Billiglohnarbeiter, die vielfach in erbärmlichen Behausungen untergebracht sind und oft sogar noch um Teile ihres Lohn betrogen und sich ja auch nur temporär dort aufhalten,¹⁰ vor Ort keine Perspektive und demzufolge wahrscheinlich auch keine Initiative zeigen, sich einbinden zu lassen, ist nur logisch. Trotzdem hat man es mit einer Gruppe von beträchtlicher Größe¹¹ zu tun, die im Oldenburger Münsterland lebt. Die zweite große Gruppe, die – wie vielfach bewundert – mit großem Erfolg integriert worden ist, u.a. auch des-

⁸ Vgl. Lorscheid, Helmut, Billiglohn im Schlachtgewerbe, 11.03.2005, auf: <http://www.telepolis.de/r4/artikel/19/19629/1.html> (Stand 25.08.2005).

⁹ Vgl. Lorscheid, Helmut, Lohndumping für billiges Fleisch, 20.11.2003, auf: <http://www.telepolis.de/r4/artikel/16/16116/1.html> (Stand 25.8.2005). Vgl. Lorscheid, Helmut, Keine Billig-Schlachter mehr aus Rumänien und Bulgarien, 24.07.2004, auf: <http://www.telepolis.de/r4/artikel/17/17891/1.html> (Stand 24.07.2004)

¹⁰ Vgl. Lorscheid, Helmut, Wie im Lager, 28.05.2003, auf: <http://www.telepolis.de/r4/artikel/14/14880/1.html> (Stand: 25.08.2005).

¹¹ Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Oldenburg war einer der Subunternehmer allein mit über 1000 Beschäftigten in den Landkreisen, Vechta, Cloppenburg und Oldenburg tätig. Quelle: Landeszeitung für die Lüneburger Heide (LZ) vom 07.07.2005.

halb, weil es genug Arbeit für geringqualifizierte Menschen gab, sind die russischen Aussiedler. Was mit dieser Gruppe geschieht, wenn die berufliche Ausgrenzung zugunsten billigerer Arbeiter weiter zunimmt, bleibt abzuwarten.

Und dann ist da schließlich noch die einheimische Bevölkerung, die mit der Auflösung des patriarchalischen Systems von verantwortlichem Handeln seitens der Unternehmer konfrontiert ist. Meßbar ist ein abnehmender Zusammenhalt immer nur indirekt. Die Institution, die lange Zeit das Zusammenleben maßgeblich geprägt und mit ihren diversen Gruppen und Angeboten die Struktur für die Gemeinschaft gebildet hat, d.h. die katholische Kirche und ihre Organisationen, verzeichnet seit dem Jahr 2000 stagnierende Mitgliederzahlen und seit 1980 eine stetig rückläufige Zahl von Gottesdienstbesuchern.

Der soziale Frieden scheint in Regionen, die ein hohes Maß an Beschäftigungsmöglichkeiten für geringqualifizierte Menschen aufweisen, im Zuge der EU-Osterweiterung stärker gefährdet zu sein als in anderen.

These 2: Es gibt Indizien dafür, daß die inner- und interregionale Netzwerke im Oldenburger Münsterland einen andere ausschließenden Charakter haben.

Das Oldenburger Münsterland hat landes- und bundesweit als „Erfolgsregion“ Aufmerksamkeit erregt, nachdem in diversen Foren und nicht zuletzt auch im Rahmen der letzten FES-Tagungen von Professor Eichhorn und mir auf den erstaunlichen wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und sozialen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes hingewiesen wurde. Leitende Fragestellung war bei allen interessierten Personen etwa das folgende: „Was machen die anders als wir? Sind das übertragbare Erfolgskriterien? Können wir das in einer abgewandelten Form auch?“ Man sollte also meinen, daß „die Macher“ bzw. zumindest die politischen Mandatsträger stolz auf das Erreichte sein müßten und damit in der politischen Auseinandersetzung versuchen würden zu überzeugen; außerdem müßte ein Interesse daran bestehen über die Erfolgsfaktoren zu diskutieren, um sich weiter verbessern zu können und mögliche Negativentwicklungen frühzeitig zu erkennen. Die Gastgeber entsprechender größerer Vortragsveranstaltungen waren aus dem politischen Spektrum stets die SPD und die Grünen; niemals die CDU und ihr nahestehende Organisationen, so daß sich die CDU also gar nicht für „ihre Erfolgsregion“ und das exakte Herausarbeiten von Erfolgsbedingungen zu interessieren scheint. Auch weiteren Kreisen zugängliche Veranstaltungen zu diesem Thema haben nicht stattgefunden. Nach außen herrscht absolutes Schweigen.

Aufschlußreich sind auch eher „nach innen“, d.h. in erster Linie für die Region bestimmte, Äußerungen. So wird in einer seit Jahrzehnten Zentrums- bzw. CDU-dominierten Region, in der Wahlergebnisse von „75%+X“ keine Seltenheit waren und deutliche Mehrheiten noch immer die Regel sind und demzufolge eine hohe Elitenkonstanz vorherrscht, von dort ansässigen Wissenschaftlern mit Sorge der Ausgang der Bürgermeisterwahl in Vechta kommentiert: „Die erste Bürgermeisterwahl in der Kreisstadt Vechta gewann im Juni 2004 der Kandidat, dessen Partei früher im Oldenburger Münsterland eher ein Nischendasein fristete und der auch selber als Landtagskandidat vor Ort nie eine Chance hatte. Die ökonomischen Folgen dieser (und anderer) Wahlen sind gegenwärtig noch nicht abzuschätzen. Denn durch die hohen Investitionen, die im gewerblich-industriellen Bereich ständig notwendig sind, legen sich Unternehmer für lange Zeit auf einen Standort fest. Bisher, das zeigen fast alle entsprechenden Analysen, waren die äußerst stabilen politischen Verhältnisse ein wesentlicher Standortfaktor für die Wirtschaft im Oldenburger Münsterland. Ob sich nun etwas ändert oder ob es sich bei einer Bürgermeisterwahl auch nach Meinung der Investoren „nur“ um eine Persönlichkeitswahl handelt, wird sich zeigen.“¹² Bei dem Kandidaten, der dort nur in „He who must not be named“-Manier beschrieben wird, handelt es sich um Uwe Bartels von der SPD, dessen wirtschaftspolitische Absichten für die Region grundsätzlich durchaus mit denen seiner Vorgänger auf einer Linie liegen. Es ist also zu fragen, warum solche Sorgen geäußert werden.

Auch die die kritisch-analytische Beschäftigung mit der Region von außen ist alles andere als erwünscht. So heißt es im Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland: „So langsam spricht sich herum, wie erfolgreich das Oldenburger Münsterland ist; immer mehr Politiker, Planer und Wissenschaftler werden aufmerksam. Dies kann durchaus eine Gefahr sein. Denn bisher kümmerte man sich eher wenig um das Oldenburger Münsterland, ließ die Region links liegen und damit in Ruhe.“¹³ Die Geheimniskrämerei, für die es weitere hier nicht zu zitierende Beispiele gibt, ist jedenfalls verdächtig. (Wissenschaftliche) Beschäftigung mit der Region, wie sie sich z.B. in besagtem Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland äußert, scheint eher im Sinne von Trendscouting, Chancen und Gefahren, die von außen drohen könnten, gewünscht zu sein, und dann auch vornehmlich aus der Region selbst heraus.

¹² Hermann von Laer: Das Oldenburger Münsterland – eine moderne Industrie-Region. Industrie und Gewerbe im Oldenburger Münsterland weiterhin auf Erfolgskurs, in: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 2005, S. 294.

¹³ Hermann von Laer: Das Oldenburger Münsterland – eine moderne Industrie-Region. Industrie und Gewerbe im Oldenburger Münsterland weiterhin auf Erfolgskurs, in: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 2005, S. 294.

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhalten der Fleisch- und Wurstwarenhersteller, hinsichtlich dessen, was mit den Tieren, den Menschen und der Umwelt geschieht, entlarvend. Die Hans-Böckler-Stiftung hat im Sommer 2003 gemeinsam mit dem Bundesverband die Verbraucher Initiative e.V. und der zuständigen Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) mit einem einfachen und wenig zeitintensiven Fragebogen bundesweit 202 Fleischwarenhersteller nach Herkunftsnachweisen und Produktqualität, nach Tier- und Umweltschutz, aber auch nach Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz befragt. Ziel war die Erstellung eines Einkaufsratgebers Fleisch für Verbraucher anhand der sozial-ökologischen Verantwortung der Fleischbranche. Verantwortung, Transparenz und gute Produktqualität sind nach diversen Fleischskandalen eine sehr gute Möglichkeit Verbraucher für das eigene Produkt zu gewinnen. Trotz Nachfaßaktionen, Erinnerungsschreiben und Motivationsversuchen, haben von 202 Unternehmen, die z.T. beträchtliches Geld in Werbung investieren und eigene Abteilungen dafür unterhalten, nur 18 geantwortet. Die Fleischindustrie lieferte damit weit weniger Informationen als die Unternehmen von zuvor untersuchten Branchen und die Antworten der 18 Unternehmen hielten den Überprüfungen der NGG nur zum Teil stand. Unter den Informationsverweigerern waren aus dem Oldenburger Münsterland auch prominente Namen wie D & S Fleisch GmbH, verschiedene Wiesenhof-Unternehmensteile, die NFZ Norddeutsche Fleischzentrale GmbH und die Gebrüder Abraham GmbH & Co. KG.¹⁴

Ein plausibler Grund für das Verhalten der Fleisch- und Wurstwarenhersteller ist wahrscheinlich auch die Tabuisierung des massenhaften Tötens in der Region, auf das später noch eingegangen wird.¹⁵

These 3: Die Massenviehhaltung und -schlachtung bzw. das moderne Tierproduktionsverfahren im Oldenburger Münsterland (und andernorts) schädigen die unmittelbar damit beschäftigten und auch die dort lebenden Menschen in mehrererlei Hinsicht (physisch, psychisch, charakterlich).

Physische Schäden

Die fleischverarbeitende Industrie weist eine hohe Unfallrate auf und Jahr für Jahr unternimmt einer von fünf Beschäftigten rechtliche Schritte infolge seines Arbeitsunfalls. Als Stichworte zur Arbeitsumgebung seien hier nur Fließbän-

¹⁴ Vgl. http://www.ngg.net/4_Branche_Betrieb/4_02_Fleisch_Fisch/info_blockade/ (Stand 22.08.2005) und <http://www.verbraucher.org/index.php/aid/695> (Stand 22.08.2005).

¹⁵ Siehe These 3.

der, Geschwindigkeit, rutschige Böden, allgemeine Mechanisierung (insbesondere in der Geflügelschlachtung), aber vor allem Handarbeit mit Messern genannt. In dieser Branche ist ein alarmierender Anstieg von arbeitsbedingten Erkrankungen zu verzeichnen.¹⁶ Unter den physischen Berufserkrankungen sind Muskel-Skelett-Erkrankungen wie Sehnenentzündungen und sogenannte kumulative Belastungssyndrome sowie Zoonosen häufig anzutreffen.¹⁷

Unbekannter und verdeckter sind die Gefahren, die sich aus der Massenviehhaltung ergeben, wobei hier nicht näher auf „klassische Arbeitsunfälle“ eingegangen werden soll. Wie diverse – vor allem us-amerikanische – Studien belegen, ist seit den späten 1970er Jahren bekannt, daß die Arbeit bzw. der längere Aufenthalt in Massenviehhaltungsställen¹⁸ zu akuten und chronischen Atemwegserkrankungen führen kann.¹⁹ Der Großteil der Beschwerden entfällt dabei auf asthmaartige Syndrome, Bronchitis oder Verschlimmerung einer bereits existenten Asthmaerkrankung.²⁰ Hinzu kommen Schleimhautentzündungen der Nase, der Augen und des Rachens und Anzeichen von Entzündungen der unteren Atemwege²¹, die mit einer konstanten Reizung einhergehen.²² Als auslösende Faktoren wurden Staub, Endotoxine und Ammoniak ausgemacht. Die genannten gesundheitlichen Probleme sind denn auch vielfach der Anlaß für Klagen gegen Arbeitgeber in diesem Industriezweig und das komplette Aus-

¹⁶ Vgl. Buckle, Peter / David, Geoff, Aus Wissen wird praktischer Sachverstand. Topic Centre Bewährte Praktiken im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz – Muskel-Skelett-Erkrankungen, in: Good practices. Magazin der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Ausgabe 3, Luxemburg 2001, S. 28.

¹⁷ http://www.uniklinik-saarland.de/med_fak/arbeitsmedizin/diagnostik/kap12.html (Stand 21.08.2005).

¹⁸ Dies betrifft vor allem die Schweinemast, zu deren gesundheitlichen Risiken die meisten Studien erschienen sind, umfaßt aber genauso Ställe für Milchvieh, Rinder und Geflügel.

¹⁹ Vgl. Donham, K. J./Rubino, M. J./Thedell, T. D. (u.a.), Potential health hazards to agricultural workers in swine confinement buildings, in: Journal of Occupational Medicine, Jg. 19, 1977, S. 383-387; Bongers, P./Houthuijs, D./Remijn, B. (u.a.), Lung function and respiratory symptoms in pig farmers, in: British Journal of Industrial Medicine, Jg. 44, 1987, S. 819-823; Cormier, Y./Boulet, L-P./Bedard, G. (u.a.), Respiratory health of workers exposed to swine confinement buildings only or to both swine confinement buildings and dairy barns, in: Scandinavian Journal of Work, Environment and Health, Jg. 17, 1991, S. 269-75.

²⁰ Vgl. von Essen, S./Donham, K. J., Illness and injury in animal confinement workers, in: Occupational Medicine – State of the Art Reviews, Jg. 14, 1999, S. 337-350.

²¹ Chronische Erkrankungen der unteren Atemwege waren laut U. S. Department of Health and Human Services im Jahr 2002 die vierthäufigste Todesursache in den USA (Quelle: National Center for Health Statistics, Health United States 2004 - With Chartbook on Trends in the Health of Americans, Hyattsville/Maryland 2004, S. 48).

²² Vgl. von Essen, S. G./Scheppers, L. A./Robbins, R. A. (u.a.), Respiratory tract inflammation in swine confinement workers studied using induced sputum and exhaled nitric oxide, in: Clinical Toxicology, Jg. 36, 1998, S. 557-565.

scheiden von Arbeitern aus der Fleischproduktion gewesen.²³ Allerdings soll auch nicht verschwiegen werden, daß mit dem Tragen von Atemschutzmasken gute Erfolge erzielt worden sind.²⁴ Wie angenehm das Arbeiten mit Atemschutzmaske ist und ob es nicht vielfach doch unterbleibt sei einmal dahingestellt. Neben den Arbeitern, denen man eventuell noch eigenes Verschulden unterstellen könnte, ist unter dem Aspekt der physischen Schädigung auch die Wohnbevölkerung der Umgebung nicht zu vergessen. Auch für diese Gruppe legen Studien unmittelbar mit der Massenviehhaltung zusammenhängende Gesundheitsrisiken nahe.²⁵

In Niedersachsen haben das Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und das Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit im Jahr 2000 gemeinsam ein aufwendiges Untersuchungsprogramm²⁶ aufgelegt, das die Auswirkungen der Abluft von Intensivtierhaltungsanlagen untersucht hat. Die Studien besagen laut der Ministerien zwar, daß früher Kontakt zu Tierhaltungsbetrieben vor Allergien schütze, sich keine allgemeine Zunahme von Symptomen in der Nähe von Großstallungen zeige und die Keim- und Endotoxinkonzentration mit Zunahme der Entfernung vom Stall deutlich abnähme, räumen aber Risiken ein: „In beiden Studien gibt es lediglich Hinweise auf mögliche Risikoerhöhungen für besonders empfindliche Personen. In der AABEL-Studie zeigten sich bei Kindern von Eltern, die an Asthma, Neurodermitis oder Heuschnupfen leiden, mit zunehmender Belastung mit Bioaerosolen aus Ställen vermehrt asthmatische Symptome. Im NiLS-Projekt wurden bei den am stärksten belasteten Erwachsenen Befunde erhoben, die auf eine beginnende chronisch-obstruktive Lungenerkrankung hinweisen könnten. Diese Effekte sind auch aus arbeitsmedizinischen Untersuchungen an Landwirten bekannt und daher biologisch plausibel. In Übereinstimmung mit

²³ Vgl. Knoblach, M. J., Relationship between pork production and occupational illness and injury – a literature review. Prepared for National Pork Producers Council, Des Moines Iowa 1997.

²⁴ Vgl. Dosman, J. A./Senthilselvan, A./Kiryuchuk, S. P. (u.a.), Positive human health effects of wearing a respirator in a swine barn, in: Chest, Jg. 118, 2000, S. 852-860.

²⁵ Vgl. Thu, Kendall M., Neighbor Health and Large-scale Swine Production, auf den Internetseiten der National AG Safety Database, die von den Centers for Disease Control and Prevention des U. S. Department of Health and Human Services unterhalten wird. Das Dokument findet sich unter (Stand 19.08.2005): <http://www.cdc.gov/nasd/docs/d001701-d001800/d001764/d001764.pdf>.

²⁶ Es handelt sich um die sogenannte AABEL-Studie, die Atemwegserkrankungen und Allergien bei Einschulungskindern in einer ländlichen Region mißt, und die Niedersächsische Lungenstudie NiLS. Ergänzt wurden die Studien durch ein Projekt der Tierärztlichen Hochschule Hannover, welches die aus freigesetzten luftgetragenen Mikroorganismen im Umfeld von zwei typischen Geflügelställen untersuchte. Zum Repertoire gehörten u.a. Fragebögen zu Atemwegsbeschwerden, Messungen der Keim- und Endotoxinkonzentration in der Luft und Lungenfunktionstests.

Studien aus den USA konnte ferner ermittelt werden, dass infolge einer starken Geruchsbelästigung bei den Anwohnern von Tierhaltungen eine deutliche Verringerung der subjektiven Lebensqualität zu beobachten ist.²⁷ Für den direkten Nachweis einer Keimbelastung im Einzelfall seien wegen der bestehenden Unsicherheiten der Ausbreitungsmodelle außerdem weiterhin Messungen vor Ort erforderlich.²⁸

Diese Ergebnisse zu den unmittelbaren physischen Belastungen lassen sich ergänzen durch eine Einschätzung von Dr. G. Van Putten, der von Schweinehalten aus den Niederlanden berichtet haben soll, die bereits im Alter von 50 Jahren aufgrund der oben genannten Erkrankungen berufsunfähig wurden.²⁹

Indiz für eine angegriffene Gesundheit könnte auch eine im Oldenburger Münsterland gegenüber dem Durchschnitt des Landes Niedersachsen (deutlich) erhöhte Sterblichkeit vor allem bei Männern im Alter von Ende 50 bis Mitte 60 sein. Um dies zu untersuchen wurde auf Grundlage der Sterbeziffern des Landes Niedersachsen und der Kreise und kreisfreien Städte ein Sterbeindikator entwickelt, bei dem die Sterbeerwartung je Einwohner einer bestimmten Altersklasse auf Ebene des Landes Niedersachsen und die tatsächlich Gestorbenen derselben Altersklasse je Einwohner in einer bestimmten Region, in diesem Fall dem Oldenburger Münsterland, miteinander in Bezug gesetzt werden. Starben im Jahr 2004 in Niedersachsen 0,011 60-jährige Männer je Einwohner derselben Altersklasse, ergibt sich angesichts von 1058 60-jährigen Männern im Oldenburger Münsterland für die Region ein Erwartungswert von 12,03 gestorbenen 60-jährigen Männern. Tatsächlich starben im Jahr 2004 im Oldenburger Münsterland jedoch 23 60-jährige Männer. Es ergibt sich also eine Differenz von 10,97. In den Altersjahren von 55 bis 72, also 16 Altersklassen, waren im Jahr 2004 im Oldenburger Münsterland für 10 Altersklassen zum Teil deutlich erhöhte Werte zu verzeichnen. Eine erhöhte Sterblichkeit liegt auch für die Jahre 2000, 2001 und 2003 in mindestens der Hälfte dieser Altersklassen vor. Weiteres ist aber noch zu untersuchen.

Die wirklich langfristigen Auswirkungen der Massenviehhaltung und der dabei anfallenden Rest- und Abfallstoffe sind aber zum Teil noch gar nicht präzise vorhersehbar. Daß das Problem der Rest- und Abfallstoffe im Oldenburger Münsterland noch nicht gelöst ist, räumen jedenfalls auch Befürworter der dortigen Haltungsformen ein – wenn auch in einer euphemistischen Beschrei-

²⁷ http://www.ms.niedersachsen.de/master/C9209292_L20 (Stand 26.08.2005).

²⁸ Vgl. http://www.ms.niedersachsen.de/master/C9209292_L20 (Stand 26.08.2005).

²⁹ Vgl. Sambraus, H. H./ Boehne, E. (Hg.), Ökologische Tierhaltung. Theoretische und praktische Grundlagen für die biologische Landwirtschaft, Karlsruhe 1988, S. 18.

bung als „Übersorgung mit biogenen Rest- und Abfallstoffen“.30 Problematisch sind diese Stoffe, vor allem Nitrat (NO_3), das nur über übermäßige Düngung und aus der Luft in den Boden gelangt, insbesondere für das Trinkwasser. Im Zuge der EG-Wasserrahmenrichtlinie werden Untersuchungen von sogenannten Grundwasserräumen, also naturräumlichen Abgrenzungen, die nichts mit administrativen Grenzen zu tun haben, durchgeführt. Ziel dieser Wasserrahmenrichtlinie ist u.a., bis 2015 einen guten Zustand der Gewässer ($< 50 \text{ mg NO}_3/\text{l}$), auch des Grundwassers, zu erreichen.³¹

Das Gebiet um Cloppenburg und Vechta umfaßt drei Wasserräume. Für diese wurde als Immission, d.h. als aktuelle Nitratbelastung des Grundwassers, folgendes gemessen: $31,53 \text{ mg NO}_3/\text{l}$ (Leda-Jümme Lockergestein links), $38,43 \text{ mg NO}_3/\text{l}$ (Hase Lockergestein rechts), $139,38 \text{ mg NO}_3/\text{l}$ (Hunte Lockergestein links). Außerdem werden die Emission, also die Menge Stickstoff, die aus der Luft und über die Landwirtschaft in den Boden eingebracht wird, in kg pro Hektar und schließlich eine potenzielle Sickerwasserkonzentration ermittelt. Diese berücksichtigt, daß bestimmte Pflanzen den Stickstoff wieder abbauen, und fungiert quasi als Bindeglied zwischen Emission und Immission. Aufgrund dieser Messungen wird allen drei Wasserräumen im Jahr 2005 attestiert, daß ein Erreichen des Zieles vom $50 \text{ mg NO}_3/\text{l}$ oder weniger „unklar/unwahrscheinlich“ sei.³²

Mit der Grundwasserbelastung geht eine Belastung des Trinkwassers einher. Im Untersuchungsgebiet gibt es zwei Wasserversorger, das Wasserwerk der Stadt Vechta und den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOMV) mit vier Wasserwerken: Zum einen Vechta ($4,7 \text{ mg NO}_3/\text{l}$), zum anderen die Wasserwerke des OOMV, Thülsfeld ($< 0,1 \text{ mg NO}_3/\text{l}$), Großkneten ($12 \text{ mg NO}_3/\text{l}$) und Holdorf ($30 \text{ mg NO}_3/\text{l}$). In unmittelbarer Nähe liegen außerdem die Wasserwerke Wildeshausen ($3 \text{ mg NO}_3/\text{l}$) und Harpstedt ($3,05 \text{ mg NO}_3/\text{l}$).³³ Zum Vergleich: Hannover weist im Mittel $2,0 \text{ mg NO}_3/\text{l}$,³⁴ viele andere Gebiete auch $0 \text{ mg NO}_3/\text{l}$ auf.

³⁰ Vgl. Freisinger, Ulf / Windhorst, Hans-Wilhelm, Sektorale und regionale Strukturen der Massentierhaltung in Niedersachsen, Vechta 2005, S. 95.

³¹ Vgl. http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C11176229_N11403_L20_D0_I598.html (Stand 25.08.2005).

³² Vgl.

<http://www.umwelt.niedersachsen.de/master.jsp?C=11306252&L=20&N=11306134&I=598&D=0> (Stand 25.08.2005).

³³ Vgl. <http://www.oowv.de>; vgl. <http://www.wasserwerk-vechta.de> (Stand 25.08.2005).

³⁴ Vgl. http://www.enercity.de/pk/enercity_produkte/wasser/versorgung/qualitaet.html (Stand 28.08.2005).

Der Grenzwert für Nitrat liegt in Deutschland bei 50 mg/l. Für Säuglinge werden maximal 10 mg/l empfohlen. In der Schweiz gelten strengere Grenzwerte von 25 mg NO₃/l. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß man auch über Gemüse viel Nitrat zu sich nehmen kann. Obwohl im Oldenburger Münsterland sehr tiefe Grundwasserschichten mit sehr altem Wasser angebohrt werden, besteht also schon jetzt ein mehr oder weniger großes Wasserproblem.

Es ist anzunehmen, daß die Wasserwerke Vechta, die seit 1994 in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer Zusatzberatungen für die Landwirte durchführen und seit einigen Jahren Flächen im Umkreis von 100m um die Brunnen in einem Umfang von 21ha gekauft haben, solche Investitionen nicht ohne Grund tätigen.³⁵

Psychische Schäden, charakterliche Schäden

Psychische Schäden, charakterliche Verrohung und die Ursachen derselben sind ein Dauerbrenner im Bereich der Philosophie. Über die möglichen negativen Folgen von gewaltsamer und grausamer Behandlung von Tieren für den Menschen, hat sich beispielsweise Immanuel Kant, wenn auch aus homozentrischer Sicht, Gedanken gemacht. In seiner Metaphysik der Sitten heißt es: „[...] Die [gewaltsame] und zugleich [grausame] Behandlung der Tiere [ist] [...] der Pflicht des Menschen gegen sich selbst weit inniglicher entgegengesetzt, weil dadurch das Mitgefühl an ihrem Leiden im Menschen abgestumpft und dadurch eine der Moralität im Verhältnis zu anderen Menschen sehr diensame natürliche Anlage geschwächt und nach und nach ausgetilgt wird; obwohl ihre behende (ohne Qual verrichtete) Tötung [...] unter die Befugnisse des Menschen gehören.“³⁶ Auch Adolph Freiherr Knigge äußerte sich zum Umgang mit Tieren. Er lehnt zum „Positiven“ sowohl „Empfindelei“ und Vermenschlichung ab, schreibt aber auch ausführlich über Grausamkeit gegenüber Tieren. Ähnlich wie Kant ist er überzeugt, „daß Grausamkeit gegen unvernünftige Wesen unmerklich zu Härte und Grausamkeit gegen unsere vernünftigen Nebengeschöpfe führt.“³⁷

Arbeit in der Agrarwirtschaft wird mit dem Risiko ernsthafter psychischer Beschwerden, die nicht selten auch zu Drogen- bzw. Arzneimittelmißbrauch und schlimmstenfalls zu Selbstmord führen, in Verbindung gebracht. Aller-

³⁵ Vgl. <http://www.wasserwerk-vechta.de/frameset.html> (Stand: 26.08.2005).

³⁶ Kant, Immanuel, Die Metaphysik der Sitten, 2. Teil: Metaphysische Anfangsgründe der Tugendlehre, 1797, § 17; Weischedel, Wilhelm (Hg.), Kant. Werke in zwölf Bänden, Bd. 8: Schriften zur Ethik und Religionsphilosophie, Frankfurt am Main 1968, S. 578f.

³⁷ Knigge, Adolph Freiherr, Über den Umgang mit Menschen, hrsg. von Karl-Heinz Göttert, Stuttgart 1991, 3. Teil 9. Kapitel.

dings scheint die psychische Verfassung von Landwirten, Arbeitern und den jeweiligen Familien ein bislang vernachlässigtes Forschungsfeld zu sein, was für die USA auch mit psychotherapeutischen Versorgungsengpässen in den ländlichen Gebieten sowie großen kulturellen Unterschieden zwischen Therapeuten und der Landbevölkerung erklärt wird.³⁸

Arbeiter der fleischverarbeitenden Industrie berichten in Selbstzeugnissen von Alkoholkonsum, um sich selbst zu betäuben, schlechter Behandlung ihrer Familien durch sie und einem generell gewalttätigen, aggressiven Verhalten.³⁹ Die niederländische Psychologin Gerardina L. van Dalen hat bei den von ihr mittels Rorschachtest⁴⁰ untersuchten Bauern feststellen müssen, daß diese bei den vorgelegten Tintenklecksen immer wieder Blut und – wenn keine rote Farbe im Spiel war – Teile von Skeletten hineinprojiziert haben. Als Ursache hierfür sieht sie enge Beziehung zwischen den Bauern und ihren Tieren, die immer mit dem Getötetwerden der Tiere endet.⁴¹ Es leiden also offenbar nicht nur die Tiere sondern auch die Menschen.

Im Zusammenhang mit der vor Ort ganz offensichtlich stattfindenden Verdrängung und dem Totschweigen dessen, was mit den Tieren, den Menschen und der Umwelt geschieht, ist auch die (oben bereits) beschriebene Desinformati-onspolitik der Fleisch- und Wurstwarenhersteller zur sozial-ökologischen Verantwortung entlarvend. Betrachtet man die Aufmachung diverser Internetseiten – sofern überhaupt vorhanden – von Betrieben der Fleischindustrie fallen Photos nahezu idyllischer Landschaften mit alten Bauernhäusern, freilaufender Tieren und niedlicher Jungtieren bzw. Zeichnungen auf.⁴² Auch diejenigen Anbieter, die auf ihren Seiten von „gläserner Produktion“ schreiben,⁴³ lassen bei den Bildfolgen zur Produktion einige Stufen weg. Wenn alles so außerordentlich artgerecht und transparent zugeht, wie behauptet, ist nach den Gründen

³⁸ Vgl. Rosmann, Michael R., Agricultural Mental Health, auf den Internetseiten der National AG Safety Database, die von den Centers for Disease Control and Prevention des U. S. Department of Health and Human Services unterhalten wird. Das Dokument findet sich unter (Stand 19.08.2005): <http://www.cdc.gov/nasd/docs/d001701-d001800/d001769/d001769.pdf>. Vgl. außerdem Schlosser, Eric, Fast Food Gesellschaft. Die dunkle Seite von McFood & Co., München 2002, S. 247f.

³⁹ Vgl. Eisnitz, Gail A., Slaughterhouse, New York 1997.

⁴⁰ Der Rorschach-Test wertet die subjektive Wahrnehmung aus, die die zu testenden Personen bei Betrachtung sorgfältig selektierter unwillkürlicher Tintenkleckereien äußern, um so tiefgründige Gefühle zu erkennen.

⁴¹ Vgl. van Dalen, Gerardina, Zur Psychologie des Vegetarismus, des Fleischessens und des Vegetariers, in: Brockhaus, Wilhelm (Hg.), Das Recht der Tiere in der Zivilisation, München 1975, S. 273.

⁴² Vgl. <http://www.gausepohl.de>, <http://www.phw-gruppe.de>, <http://www.wiesenhof-gastro-service.de>, <http://www.wiesenhof.de>, <http://www.schmitz-lohne.de>, <http://www.huemmlinger.de>, <http://www.fleischkrone.de> (Stand 26.08.2005).

⁴³ Vgl. <http://www.d-s-fleisch.de> (Stand 26.08.2005).

der Desinformationen zu fragen. Die Antwort liegt auf der Hand: Die realen Zustände stimmen mit den Behauptungen nicht überein und könnten die Verbraucher massiv verstören und sie möglicherweise auf das Produkt verzichten lassen. Dieses Verhalten läßt nur den Schluß zu, daß bei den Produzenten zumindest noch ein Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß die reale Praxis von der allgemein akzeptierten Norm abweicht, also nicht akzeptabel ist. Dieses Bewußtsein wiederum dürfte individuelles Verdrängen nach ziehen.

These 4: Ein großer Teil des wirtschaftlichen Erfolgs des Oldenburger Münsterlandes fußt auf einer Art der tierischen Produktion, die ethisch mindestens fragwürdig, wenn nicht gar inakzeptabel ist. Es ist zu fragen, ob die Region also überhaupt eine „Erfolgsregion“ ist und als Modell einer solchen präsentiert werden darf.

Entwicklungspfade zentraler und peripherer Regionen

Die Thesen verstehen sich der Natur der Sache entsprechend vorerst eher deskriptiv als analytisch, da die Entwicklung noch immer relativ rasch erfolgt und in den zentralen und peripheren Regionen bei weitem noch keinen vorläufigen Endpunkt erreicht hat.

These 1

Aufgrund der doppelten Diskontinuität infolge der Brüche von 1945/49 und 1989/90 ist die Entwicklung der Zentren und der Peripherien in der ehem. DDR und den neuen Bundesländern nicht dem „normalen“ Weg der deutschen Entwicklung gefolgt. Der Bruch mit den kapitalverwertungsbedingten Entwicklungen bis 1945 und der Bruch wiederum mit der „realsozialistischen“ Entwicklungslogik nach 1989/90 hat Diskontinuitäten hervorgebracht, die die Prognosemöglichkeiten z. T. drastisch herabgesetzt haben.

These 2

Hinsichtlich der Zentren möchte ich die Entwicklung nur eines Clusters (Berlin) und die Entwicklung von „strings“ oder „files“ konstatieren. Beispiele für letzteres sind die Linien etwa von Magdeburg über Halle/Leipzig nach Dresden bis hin zu Görlitz oder die von Lübeck über Wismar, Rostock, Stralsund und Greifswald bis nach Stettin. Keines der städtischen Zentren hat eine relevante Übergewichtigkeit und Dominanz entwickeln können. Dennoch unterscheiden sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen entlang der Linien deutlich von denen in den „abzweigenden Linien“ (wie z. B. Leipzig - Zwickau - Chemnitz). Drastisch wird der Abfall in der Relevanz zentraler Funktionen in den „kleinen Nebenlinien“ (wie z. B. Magdeburg - Stendal/Gardelegen - Salzwedel oder Wismar - Schwerin - Ludwigslust).

These 3

Die Schwächung durch Brüche und Diskontinuität hat keines der ostdeutschen Zentren zu einer Relevanz gelangen lassen, die einem westdeutschen Zentrum vom Rang Hamburgs, Münchens oder Stuttgarts entspricht; Berlin hat eine Sonderfunktion und folgt einer eigenen, bundesdeutschen Entwicklungslogik. Im Kontext der Strings jedoch kann sich mittelfristig eine annähernd selbsttra-

gende Entwicklung ergeben. Dennoch wird auch deren Bedeutung kaum die der alten mitteldeutschen Industriezentren erreichen.

These 4

Eine Möglichkeit wäre eine Neujustierung der Gewichte im erweiterten europäischen Wirtschaftsraum, z. B. in der Verlängerung der Linie Dresden - Görlitz nach Jelenia Góra und Wrocław sowie südlich nach Ústí nad Labem und Prag. Die Bipolarität in den Entscheidungszentren und die noch überaus schwach entwickelten überregionalen Bezüge machen jedoch eine auch nur mittelfristige Prognose ebenso schwer wie die sehr langfristig wirksamen Mentalitäts- und Verhaltensmuster (vgl. z. B. die scheinbar objektiv gegebenen Möglichkeiten durch das Arbeitslosigkeitsgefälle nördliche und südlich des Erzgebirges (über 20% bzw. knapp über 8%): Die Zahl der Deutschen, die Tschechisch lernen und migrieren wollen, ist (noch?) verschwindend gering; dieses Phänomen scheint nach Polen hin noch ausgeprägter zu sein.

These 5

Sowohl in den Zentren wie auch erst recht in der Peripherie sind die Milieus als Nachfolger der „Klassengesellschaft“ der DDR wenig ausgeprägt und in sich gering strukturiert und gefestigt. Sie kommen daher als aktive Träger von Wandel und Entwicklung wenig zur Geltung. Für die Zentren lässt sich jedoch in den Strings eine günstige Prognose stellen, während die Entwicklung in den Peripherien sich zu chaotisieren beginnt.

These 6

Die Peripherien in den neuen Bundesländern erfüllen zunehmend nur noch oberflächlich die klassischen Funktionen. Teilweise blockieren starke Funktionen (Binnentourismus) andere mögliche und wichtige Funktionen (Militärstandorte oder Recycling), teilweise können zentrale Funktionen nicht mehr wahrgenommen werden. Der absehbare wichtigste Funktionsverlust bezieht sich auf die Funktion als Arbeitskräfte-Reservoir für die Zentren durch Abwanderung.

These 7

Die Peripherien differenzieren sich durch nach denjenigen, die für die Zentren relevante klassische Funktionen wahrnehmen (können), und denjenigen, denen zunehmender Funktionsverlust droht. Bei den letzteren verstärken sich verschiedene negative Funktionen und Trends noch wechselweise. Ein Beispiel dafür ist das Anwachsen rechtsgerichteter politischer Gruppierungen und Wählerpotentiale gerade in den grenznahen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und Sachsens (vgl. die beiden völlig unterschiedlichen Gegebenheiten in Görlitz einerseits – positiver funktionaler Bezug zum „zentralen String“ und zu Polen – sowie in Zittau oder Bautzen und Hoyerswerda andererseits).

These 8

Bedrohlich ist die Entwicklung der inneren Milieu-Dekonstruktion in den stärker von Migration gekennzeichneten Peripherie-Regionen: Nicht nur rein quantitativ betrachtet wird die Basis für fähige konstruktiv-aktive Milieus zu schwach – auch insgesamt wird das Potential für ausbildungsfähigen Nachwuchs zu schwach. Unter diesen Umständen bekommt der negative politische Faktor Rechtsextremismus (repräsentiert vor allem durch die NPD) neben dem schwächeren Faktor „Linkspartei“ (tendenziell überaltert) eine bei weitem überproportionale Bedeutung. Die in relevantem Ausmaß rechtsextrem beeinflusste Jugendkultur wird diesen Negativfaktor in absehbarer Zeit noch verstärken – bis hin zu einem wahrnehmbar starken negativen Standortfaktor.

These 9

Bedrohlich ist diese Entwicklung auch in zweierlei weiterer Hinsicht: Die Milieus in strukturell geschwächten peripheren Regionen verlieren offensichtlich zunehmend die Kraft zur konstruktiven Opposition gegen die Zentren und damit die Energie für einen eigenständigen Aufbau selbsttragender regionaler Strukturen z. B. zur touristischen oder kulturellen Entwicklung. Der Verlust an kreativem Potential durch Bevölkerungsverlust kann offensichtlich Grenzwerte überschreiten und zu beschleunigter Auszehrung führen, die ihrerseits dann zu einem Problem für die Zentren werden kann, das derzeit noch kaum bewusst in den Blick genommen wird.

Tagungszusammenfassung

Chancen und Handlungsperspektiven

Selbst vor Ort aktiv werden – dies zog sich wie ein Motto durch die Diskussionen der Tagung. Die regionalen Voraussetzungen dazu sind höchst unterschiedlich. Dort, wo die Konzentration auf ökonomische Kernkompetenzen im produzierenden Sektor gelingt, scheint die Zukunftssicherung gegeben. Aber ein lange zurückreichendes innovatives Verhalten, das die Fähigkeit zur regionalen Selbststeuerung bewahrt und stets neu schafft, ein Regionalbewusstsein und die Bereitschaft zu inner- und interregionalen Kooperationen können schlechtere Ausgangslagen aus Folgen aus ökonomischer oder demographischer Krise ausgleichen helfen. Was war und ist die Besonderheit der einzelnen Region, und um welche Alleinstellungsmerkmale lassen sich Zukunftsvisionen gruppieren?

Hierbei ist in den letzten Jahrzehnten manches Mal die räumliche Grundaussstattung von Regionen zu wenig beachtet worden. Das Naturpotenzial und seine vergangenen Nutzungen durch den Menschen gestalten auch heute Entwicklungsvarianten mit. Dabei ist nicht nur an die Grundlagen von Klima und Relief, Bodengüte oder Verkehrslage zu denken, sondern vor allem an die von den Menschen unterschiedlich geformten Kulturlandschaften. Sie sind das äußere Bild der Regionen und bilden somit die lokalen und regionalen Handlungsweisen der Menschen einst und jetzt ab.

Globalisierung und Regionalisierung sind kein Widerspruch, und vor allem muß Globalisierung nicht zwingend Schwächung von Regionen heißen. Die zunehmende Entstaatlichung schafft neue Eigenständigkeiten für Regionen und bietet den Freiräume für interregionale Netzwerke über tradierte Grenzen hinweg. Selbst dort, wo die regionale Identität verloren zu gehen scheint, ist sie aus einer Kombination von Tradition und Vision wiederzugewinnen.

Das Bedürfnis der Menschen nach Heimat kann zum einen durch die Aneignung historischer Traditionen erfüllt werden, zum anderen aber auch durch die kreative Nutzung der endogenen regionalen Potenziale für die Zukunft. Heimat muss nicht zwingend ein Kindheitsort sein, sondern kann mehr und mehr eine Geflecht des Angenommenseins werden. Sie lässt sich neu gestalten und sogar mehrfach im Leben.

Nähe verhindert Anonymität und stiftet Kommunikation. Die Verbindung von regionaler Gebundenheit mit über die Region hinauswirkenden Aktivitäten dürfte zugleich auch sowohl der Lokalborniertheit als auch der verlustreichen

regionalen Konkurrenz vorbeugen: intern kommunizieren und extern Regionalverbünde bilden.

Regionale Selbststeuerungsfähigkeit in interregionaler Abstimmung gewährleistet Innovationskraft. Gerade für Regionen außerhalb der Agglomerationszentren haben damit heimatgebundene Weltbürger, lokale Globalisten, die besondere Chance, zukunftsweisend zu wirken. Ohnehin wird für Zukunftsvorhaben die Bedeutung von regionalen Mentalitäten, lokalen Identitätsbildungen und sozialen Milieus und damit die Einbindung und Einbettung der Menschen in historische Strukturen immer klarer erkannt. Die jeweilige regionale Akteurskonstellation steuert wesentlich die Umsetzungsdynamik von Innovationen. Wir machen vor Ort unsere Sachen selbst; das stärkt unsere Identität. Aber wir greifen die Anregungen von außen auf. Wo anders als in den Regionen kann in einer Phase der Entstaatlichung der Widerpart zu anonymen Trusts entstehen, die weltweit mit Regionen und menschlichen Gesellschaften jonglieren? Dies setzt allerdings eine regionale Elite voraus, die nicht in einem solchen Maße homogen ist, dass sie sich ihrerseits zum individuellen Vorteil an jenem Spiel beteiligt.

Die Mischung von Eingebundensein und Flexibilität scheint ein Erfolgsgarant zu sein, gleichgültig, ob die zugrundeliegenden Strukturen auf Jahrhunderte oder nur Jahrzehnte zurückgehen. Nur wenn diese Mischung stimmt, kann regionaler Klüngelei oder internationaler externer Ausbeutung vorgebeugt werden.

